Einzelnummer 20 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 37573.

Nr. 61 | Bezugspreis: Monatlich 2.25 Mk. frei Haus; bei Abholung 2.00 Mk. Durch die Post bezogen monatlich 2.00 Mk. sowie 46 Pf., vierteljährlich 6.60 Mk. u. 1.36 Mk. Postgebühr. Bei Einsend. a. d. Postscheckkonto monatl. 2.23, viertel. 6.75 Mk. | Halle, Freitag, den 12. März 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50 % Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

Reaktionärer Frühling.

W. V. Der Graf Posadowsky hat bei seiner Begründung des Vorstoßantrages der Rechtsparteien ein paar große Worte gelassen ausgesprochen. Er erklärte nämlich, daß die Neuwahlen zum Reichstage wahrscheinlich unter dem Belagerungszustand würden stattfinden müssen, da die Mode des Tages in vielen Versammlungen „nicht die Stärke der Gründe, sondern die der Knüppel" entscheiden lasse. Es steht zu befürchten, daß der edle Graf es mit seinen Parteigängern und Wählern arg verscherzen wird, wenn er also fortfahren sollte, die Diskussionsmethoden und politischen Banditenstreiche deutschnationaler Kreise zu kennzeichnen. Denn selbst den angestrengtesten Bemühungen der deutschnationalen Presse, irgendwo ein Bröselein Agitationsstoff aus der Sprengung einer alldeutschen Versammlung durch Stinkbomben aus Arbeiterhänden, oder aus der kunstgerechten Vermöbelung eines im Geruch der Kaisertreue stehenden Künstlers durch Proletarierfäuste herzuholen, sind vergebens. Weite Kreise des deutschen Volkes haben eben

die Sittenverrohung und Entgeistigung des Lebens

durch den glorreichen Krieg überwunden und überlassen es neidlos einer verwilderten Soldateska (zum Teil in Zivil) und nach neuen Kriegslorbeeren lüsternen Jünglingen aller Art, einem rauflustigen Hurrastudententum und dem übrigen „Volk" zu Füßen oder im Bann chauvinistischer Agitatoren, auf ihre Art es in Deutschland Frühling werden zu lassen.

Der grünt und sprießt denn auch an allen Ecken und Enden. Der deutschnationale Held v. Hirschfeld hat mit seinen Schüssen auf Erzberger das Signal gegeben und erhält noch heute von allen monarchistischen Seiten Glückwünsche für sein Beginnen. Alsbald ging es los. Fast keine deutsche Stadt, die nicht ihren Skandal hat. In Berlin wird v. Gerlach, der Pazifist, vom Rednerpult mit Kunzeknüppeln heruntergeholt und blutig geschlagen, bevor er noch zu reden anfängt, Versammlungen des Republikanischen Führerbundes und des Bundes „Neues Vaterland" sind lebensgefährliche Vergnügungen, da sie von Baltikumern und Offizieren terrorisiert werden. Den Monistenbund in Hamburg sucht eine bestellte Horde uniformierter grüner Jungen mit Schwefelgasbomben heim, Moissi, der ebendort Goethe lesen will, wird mit Platzpatronen und Stuhlbeinen aus dem Hause gejagt. In Bremen, Stuttgart, Dresden — wer kann das alles registrieren? — überall dieselben Anzeichen des reaktionären Frühlings. Die deutsche Studentenschaft (eine Schmach für die gesamte deutsche Kulturwelt vor dem Ausland!) stellt die Haupttäter. Professoren, die im Verdacht der Friedensliebe stehen, kommen nicht zu Worte; eine Sippschaft von „Vertretern der deutschen Wissenschaft", würdige Nachfolger der 93 Haßprediger jenes uns im Auslande nach solchen neuen Taten berechtigterweise nicht vergessenen Manifests, schlicken sich der Maßregelung eines Professors Nikolai an. Die Elite,

der Creme der monarchistischen Gesellschaft,

ein Prinz von Hohenzollern nebst Gefolge, pöbelt bei Schlemmermahlen im Hotel Adlon sich ruhig und gesittet benehmende Franzosen an und gibt das Zeichen zum allgemeinen Angriff auf die Wehrlosen (unter ihnen eine Frau), als sie mit vollem Recht sich nicht darum kümmern, daß der angetrunkene Hohenzollernsproß die Kapelle zu soundsovielten Male „das deutsche Lied" spielen läßt. Schlimm genug, daß sich Deutsche finden, derartige Bübereien noch zu bemänteln. Es wird Deutschland wieder ein Stück Ansehen und Entschädigungsgeld kosten, was tut's, der prinzliche Vagabund hat seine Gaudi und seinen Teil gehabt an der „nationalen Erhebung", die durch das Land geht. In Baden-Baden schießt so ein deutschnationaler Fatke von Student einen jüdischen Kommilitonen einfach nach einer Versammlung über den Haufen, in Osnabrück geht es vor einer Pazifistenversammlung einem friedliebenden Mitbürger ebenso. In der Reichswehr wuchern monarchistische Sumpfblüten in Gestalt von Flugblättern, Werbeplakaten und ähnlichem Zauber, man wirbt für deutschnationale Bünde, während Sozialdemokraten und Republikaner schief angesehen werden. Hin und wieder, wenn den Herren die Lust ankommt, leisten sie sich ein schwarz-weiß-rotes Exerzieren. Straße und Versammlungslokal genügen jedoch nicht als Arbeitsfeld. In Passau hat man im Theater losgelegt. Zu einer geschlossenen Vorstellung für die Gewerkschaften waren Reichswehrsoldaten und Studenten im ganzen Hause verteilt.

Die begnügten sich nicht mit antisemitischen Hetzreden, sondern schmissen Reizgasbomben

in die Gegend und gingen mit aufgepflanzten Bajonett, die Offiziere mit Reitpeitschen und Knüppeln gegen die Theaterbesucher vor. Von der Galerie wurde geschossen. Der Gewerkschaftssekretär, der einen der beteiligten Soldaten feststellen lassen will, wird kurzerhand verhaftet und nachts in der Zelle von einem Leutnant und anderm Gesindel mit eisernen Schlagringen furchtbar zugerichtet. Ein paar andere Leute, die das Pech hatten, am Kittel als Arbeiter kenntlich zu sein, die gar nicht in das Theater wollten, wo es ein Stück „Kurt Eisner" gab (daher!), wurden so bearbeitet, daß der eine hilflos in seinem Blut liegen blieb.

Die Hohe-Politik-Macher haben für die allgemeine Frühlingsdämmerung noch besondere Pläne denen man es anmerkt, wie sie dies vielseitige Vorpostengefecht, als welches oben geschilderte Auswahl sich darstellt, in großzügiger Weise in allgemeine Gegenrevolution ausarten zu lassen gedenken. Ein Vergleich mit den Nachläufern der französischen Revolutionen würde, deutete man ihn auch nur an, dem guten, braven Hindenburg und denen, die ihn als Kulisse schieben (Helfferich und Konsorten), zu viel Ehre bedeuten. Trotzdem hat die Sache zweifellos dieselbe Methode, und man gedenkt es ähnlich wie die „welschen" Gesinnungsgenossen zu machen, die nach verlorenem Krieg und Revolution anno 1878 den Marschall Mac Mahon auf den Präsidentensessel setzten. Wenn man aber mit dem Vorsein kleines Liebäugeln mit dem Ende der großen Revolution da drüben verbinden sollte:

der Termin zum 1. Mai ist gut gewählt, Ihr Herren,

und wenn es Euch gelüstete, den reaktionären Frühling abzuschließen, um Euren Napoleon en miniature mit seinen Grenadieren die deutsche Volksvertretung auseinanderjagen zu lassen, dann kann es doch vielleicht in recht lebhaftem Gewitter einmal so einschlagen in das fein geürmte Kartenhaus, daß der Reaktion die Frühlingsgefühle vergehen. — Es ist zweifellos besser, es geht ohne das. Denn (und davon werden uns alle Bemühungen der deutschnationalen Vorpostentruppen nicht abbringen) wir haben nun einmal die bestimmte Absicht, Deutschland in Frieden und ohne neues Blutvergießen wieder hochkommen zu lassen, und die Regierung ist darin unserer Meinung. Es wäre zu wünschen, sie könnte dem etwas nachdrücklicher Ausdruck verleihen. Hin und wieder, so auch heute, erscheint dieser Wunsch angebracht. Der Reichswehrminister möge wirklich (wie die Regierungskundgebung sagt) „mit äußerster Schärfe gegen militärische Ausschreitungen sich wenden", „Verstöße gegen Sitte und Volksinteresse" mögen wirklich „schonungslos geahndet" werden. Wir aber werden nicht aufhören, das Treiben der Reaktion, diese „Schiebung nach rechts", wie wiederum Graf Posadowsky so treffend bemerkte, an den Pranger zu stellen; denn es kann, um mit der Regierung zu reden, tatsächlich „nur bewirken, daß die wenigen Stimmen in den außerdeutschen Ländern auch noch verstummen, die sich nach und nach zum Sprecher für unsere Not und unser Recht gemacht haben".

Eine deutsche Note über die Auslieferungslisten.

Protest gegen die Willkür im besetzten Gebiet.

WTB. Berlin, 11. März. Der deutsche Geschäftsträger in London hat dem Premierminister Lloyd George eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung mitteilt, daß sie die Auslieferungslisten der Entente dem Oberreichsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig übermittelt hat, damit gemäß dem Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen das Erforderliche veranlaßt würde. Es heißt in der Note:

„Inzwischen ist ein von der deutschen Regierung eingebrachter Gesetzentwurf zur Ergänzung dieses Gesetzes von der Nationalversammlung angenommen worden. Zunächst beseitigt dieses Gesetz alle Hindernisse, die einem neuen Verfahren infolge einer Amnestie oder dergleichen entgegenstehen könnten. Ferner schreibt das Gesetz vor, daß eine Einstellung des Verfahrens oder die Ablehnung der Wiederaufnahme eines früheren Verfahrens nur durch Entscheidung des Reichsgerichts selbst erfolgen kann. Die bezeichneten Vorschriften geben alle denkbaren gesetzlichen Garantien für eine erschöpfende und unparteiliche Untersuchung."

Die Note protestiert ferner gegen die Verhaftung und Verurteilung Deutscher, die in den besetzten deutschen Gebieten leben durch alliierte Gerichte. Sie fordert, daß derartige Verhaftungen nicht mehr vorgenommen und die bereits festgenommenen Deutschen dem deutschen Gericht zur Verfügung gestellt werden. In gleicher Weise würden auch diejenigen Deutschen in die Heimat zu entlassen sein, die bisher wegen Beschuldigungen der bezeichneten Art in der Kriegsgefangenschaft zurückgehalten worden sind.

Uebergriffe der interalliierten Kommission.

WTB. Berlin, 11. März. Die interalliierte Kommission für die Abstimmungsgebiete von Oberschlesien, Ostpreußen und West-Preußen haben in den letzten Tagen eine Reihe von Verordnungen erlassen, wodurch in weitestem Maße in die Gerichtsorganisationen und das Gerichtsverfahren eingegriffen wird. Alle diese Maßnahmen stehen mit den Bestimmungen des Friedensvertrages im Widerspruch. Die deutsche Regierung hat aus diesem Grunde sowohl bei den interalliierten Kommissionen als auch bei der Friedenskonferenz in Paris auf das nachdrücklichste Verwahrung gegen die betreffenden Anordnungen eingelegt. Sie hat dabei auf die zweifellos eintretende schwere Erschütterung der Rechtssicherheit hingewiesen.

Die alliierte Botschafterkonferenz.

Paris, 11. März. Die Botschafterkonferenz hat in den Zwischenfällen vom Dezember in Memel entschieden, der deutschen Regierung eine neue Note zu überreichen, die nach dem „Journal des Debats" in außerordentlich scharfem Ton gehalten sein soll. Zur Auflösung des sogenannten Detachements Marlow, einer russisch-deutschen Formation, die sich augenblicklich in Danzig befindet, soll die englische Regierung die notwendigen Maßnahmen treffen. Die Konferenz beschloß, daß die interalliierten Kontrollkommissionen auch berechtigt seien, die befestigten Plätze, deren Niederlegung durch den Friedensvertrag von Versailles nicht beschlossen wurde, zu inspizieren. Des fernern soll dem Verlangen der deutschen Regierung, ihr eine gewisse Anzahl Militärflugzeuge zu Polizeizwecken zu belassen, nicht Folge gegeben werden.

Streikbeschluß zur Unterstützung der Sozialisierung in England.

WTB. London, 10. März. Die Bergarbeiterkonferenz hat sich mit 534 000 gegen 346 000 Stimmen für den Streik zur Unterstützung der Sozialisierung der Bergwerke erklärt. Der nationale Arbeiterbund, dem ungefähr eine Million Arbeiter angeschlossen sind, hat beschlossen, auf dem außerordentlichen Kongreß der englischen Gewerkschaftsverbände in der Frage der Sozialisierung für die Kollektive, also gegen die direkte Aktion zu stimmen. „Daily Expreß" meldet, daß der Führer des Bergarbeiterverbandes Smillie endgültig vom Vorsitz des Verbandes zurückgetreten ist.

Der Kultusminister zur Hetze an den Universitäten.

Ein Mitglied des „Berl. Tagebl." hatte eine Unterredung mit dem Kultusminister, welcher meinte, man müßte der Tatsache ins Gesicht sehen, daß unsere höheren Lehranstalten und Universitäten heute gefährliche Herde der gegenrevolutionären Bewegung seien. Es seien Maßnahmen in Vorbereitung, eine großzügige Aufklärung der Jugend ins Werk zu setzen.

Der Prinzenunfug.

Entschuldigung der Regierung.

Paris, 11. März. Einer Havasmeldung zufolge begab sich der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer zu Millerand, um die Entschuldigung der deutschen Regierung wegen der Vorfälle in Berlin im Hotel Adlon zu übermitteln. Millerand nahm die Entschuldigung nicht ohne Einwände entgegen.

Der Völkerbundsrat zusammengetreten.

WTB. Paris, 11. März. Der Völkerbundsrat ist in London zusammengetreten. Er soll, namentlich die Mitglieder der Untersuchungskommission bezeichnen, welche gemäß dem in London am 7. Januar gefaßten Beschluß nach Rußland entsendet werden soll.

London, 11. März. Reuter meldet: Man glaubt, daß der Völkerbundsrat die interessierten Länder einladen wird, an der Konferenz zur Besprechung der europäischen Finanzkrise, die am 3. April in Brüssel stattfinden soll, teilzunehmen. Man glaubt auch, das Deutschland bei der Konferenz vertreten sein wird.

Die Türkei soll bestraft werden. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London: In einer Rede erklärte Asquith, die Alliierten müßten die Türkei strafen und verbindern, daß ihr ermöglicht werde, ihre Verbrechen zu wiederholen. Den Türken müsse die Regierungsgewalt genommen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200312-18/fragment/page=0001

Das neue Verhältniswahlrecht.

Der Entwurf eines Wahlgesetzes, der vor einigen Tagen nach Ausarbeitung durch das Reichsministerium des Innern der Nationalversammlung zugegangen ist, sieht ein **Verhältniswahlrecht** vor, das sich in wesentlichen Punkten von dem unterscheidet, das bei den Wahlen zur Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung Geltung hatte. Seine Vorzüge bestehen darin, daß es mit noch größerer Gerechtigkeit und Genauigkeit sämtliche abgegebenen Stimmen ausnutzt und die Mandate nach der Stimmenzahl auf die Parteien verteilt, daß es aber gleichzeitig eine engere Verbindung zwischen Wahlkreis und Abgeordneten ermöglicht als das alte Verhältniswahlrecht mit seinen Riesenwahlkreisen und langen Kandidatenlisten.

Im Grunde ist das neue Wahlverfahren das denkbar einfachste. Wenn es trotzdem vielfach nicht richtig verstanden wird, so deswegen, weil man sich von einigen alteingewurzelten Anschauungen losmachen muß. Das neue Wahlverfahren wirft nämlich einige Voraussetzungen, die bisher fast allen Wahlgesetzen zugrunde lagen und für selbstverständlich galten, obwohl sie keineswegs notwendig waren, glatt über Bord. Vor allem die **Stabilität der Abgeordnetenzahl**. Bisher galt es als selbstverständlich, daß bei jeder Neuwahl wieder dieselbe Zahl von Abgeordneten gewählt wurde wie bei der vorigen. Mit diesem Prinzip ist jetzt gebrochen. Der künftige Reichstag wird von Wahlperiode zu Wahlperiode **wechselnde** Kopfstärke aufweisen. Diese wird abhängen von der **Wahlbeteiligung**. Künftig wird nämlich über die Zahl der Abgeordneten erst entschieden durch die Stärke der Wahlbeteiligung. Solche Schwankungen in der Abgeordnetenziffer sind durchaus erträglich, solange sie sich in mäßigen Grenzen halten.

Mit der Ausschaltung des Prinzips einer von vornherein feststehenden Abgeordnetenziffer ist die Möglichkeit einer **gerechteren Stimmenausnutzung** geschaffen. Künftig wird jede Partei soviel Abgeordnete im Reichstag haben, wie volle 60 000 Stimmen für sie im ganzen Reiche abgegeben worden sind. Eine Partei also, die 6 Millionen Stimmen erhält, bekommt totsicher hundert Abgeordnete, ganz gleich wie sich diese Stimmen über das Reich verteilen. Ungenutzt bleiben können nur Stimmenreste, die für das ganze Reich zusammen bei einer Partei weniger als 60 000 Stimmen ausmachen.

Trotzdem erfolgt die Abstimmung nicht in der Weise, daß das ganze Reich einen einzigen Riesenwahlkreis bildet. Um eine persönliche Fühlung zwischen den Wählern und den Abgeordneten zu schaffen, ist das System kleiner Wahlkreise beibehalten worden. Nun sind Groß und Klein aber relative Begriffe. Das ganze ehemalige Königreich Sachsen als ein einziger Wahlkreis gedacht, wäre z. B. für die Sozialdemokratie ein viel zu großer Wahlkreis, für die Zentrumspartei dagegen, die in Sachsen nur sehr schwach vertreten ist, ein relativ kleiner. Deshalb bestehen nach dem neuen Verfahren für die Parteien **zwei Sorten von Wahlkreisen** nebeneinander zum ausfuchen: die eigentlichen Wahlkreise und die Verbandswahlkreise.

Die eigentlichen Wahlkreise sind so zugeschnitten, daß bei normaler Wahlbeteiligung in jedem Kreise etwa vier Abgeordnete gewählt werden. Drei solche Wahlkreise zusammen bilden durchschnittlich einen Verbandswahlkreis.

Die Parteien haben nun in jedem Einzelfalle die Wahl, ob sie Vorschlagslisten für die einzelnen Wahlkreise oder nur eine Liste für den Verbandswahlkreis aufstellen wollen. Besteht z. B. der Verbandswahlkreis X aus den Einzelwahlkreisen A, B und C, so wird eine im Bezirk stark vertretene Partei Listen für A, B und C besonders aufstellen. Dagegen eine Partei, die in X nur schwach vertreten ist, nur eine Liste für den ganzen Bezirk X. Im Nachbarbezirk Y kann die Sache natürlich gerade umgekehrt liegen, hier kann eine Partei Wahlkreislisten aufstellen, die in X nur eine Verbandsliste aufgestellt hat usw.

Sämtliche Parteien stellen außerdem noch eine **Reichsliste für das ganze Deutsche Reich** auf. Aber diese wird direkt von keinem Wähler gewählt, sondern sie dient nur zur Ausnutzung von Stimmenresten aus den Wahlkreisen bzw. Verbandswahlkreisen.

Die Ermittelung des Wahlresultats geschieht nun folgendermaßen: Zunächst werden die Abstimmungsergebnisse in den Wahlkreisen, soweit Wahlkreislisten aufgestellt worden sind, in den Verbandswahlkreisen, soweit Verbandslisten aufgestellt worden sind, ermittelt. Für 60 000 Stimmen erhält jede Partei einen Abgeordneten. Die überschießenden Stimmenreste werden der Reichsliste gutgeschrieben und hier erhält wieder jede Partei soviel Sitze, wie aus ihren Stimmenresten sich noch volle 60 000 ergeben.

In unserem Verbandswahlbezirk X möge die Partei, die in den Einzelwahlkreisen A, B und C Listen aufgestellt hat, in A 180 000, in B 100 000, in C 50 000 Stimmen erhalten haben, dann bringt sie in A zwei Abgeordnete durch, in B einen und in C keinen. Aus A erhält sie 10 000, aus B 40 000, aus C 50 000 Reststimmen für die Reichsliste, aus ganz X also 100 000 Stimmen. Diese sichert ihr allein schon ein Mandat der Reichsliste. Aber natürlich kommen bei dieser noch die Reste aus anderen Wahlkreisen hinzu.

Eine andere Partei habe in X nur eine Verbandswahlliste aufgestellt und 150 000 Stimmen darauf erhalten. Dann bekommt sie zwei Abgeordnete und einen Stimmenrest von 30 000 für die Reichsliste gutgeschrieben.

Auf die Reichsliste werden die Parteien hauptsächlich solche Führer setzen, die große Leistungen aufzuweisen haben, die aber nicht zu bestimmten Kreisen in besonders enger Fühlung stehen. Unterläßt eine Partei die Aufstellung einer Reichsliste, so verschenkt sie damit die **Ausnutzung ihrer Reststimmen**. Der Wahlerfolg des Wählers wird dadurch angesucht, daß wirklich **jede Stimme an dem Wahlresultat mitwirkt**. Es kommt nicht wie beim alten Reichstagswahlrecht nur darauf an, mehr Stimmen zu haben als der Gegner, sondern möglichst viel mal 60 000 Stimmen für die eigene Partei zusammenzubringen.

Die Bevorzugung irgendeiner Partei durch Wahlkreiseinteilung oder Wahlkreisgeometrie ist bei dem neuen Wahlrecht vollkommen **ausgeschlossen**, auch der Zufall spielt kaum eine Rolle, er kann einer Partei höchstens im ganzen Reiche zusammen ein Mandat kosten, nämlich wenn ihr letzter Stimmenrest nur um ein weniges unter 60 000 bleibt. Auch die komplizierte Rechnung, mit der unter dem früheren Verhältniswahlrecht das Wahlresultat ermittelt werden mußte, fällt jetzt weg. Sobald eine Partei ihre Stimmenzahl kennt, erhält sie mittels einer einfachen Division durch 60 000 die Zahl ihrer Mandate. Stärkere oder schwächere Wahlbeteiligung in einem Kreise spielt nur insofern eine Rolle, als ein schwächer wählender Kreis auch weniger Vertreter bekommt.

Die neue Wahlkreiseinteilung.

WTB. Berlin, 11. März. Der Entwurf für die Wahlkreiseinteilung, die einen Bestandteil der neuen Reichswahlgesetze bilden wird, ist vom Reichsministerium des Innern nunmehr fertiggestellt. Der Entwurf beruht auf den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 und teilt das Reichsgebiet in 122 **Wahlkreise** ein. 62 Wahlkreise sind für die Wahl von vier, 23 für die Wahl von drei und 37 für die Wahl von fünf Abgeordneten bemessen. Mehrere Wahlkreise werden jeweils zu einem Verbandswahlkreis zusammen gefaßt. Insgesamt sind 23 Wahlverbände vorgesehen, und zwar 8 mit je vier, 6 mit je fünf, 4 mit je sechs, 4 mit je sieben und ein Wahlverband mit acht Wahlkreisen. Die Veröffentlichung des Entwurfes wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Der Kaiser-Ball.

Hindenburg bittet Wilhelm um Erlaubnis.

In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei, die am Montag in den Germaniasälen stattfand, erzählte nach dem Bericht der „Deutschen Zeitung" der Redner Rektor Hackenberg folgendes:

> Wir haben dem Generalfeldmarschall von Hindenburg die Präsidentschaftskandidatur angetragen und er hat sie angenommen. In diesem Zusammenhange darf ein Zug des greisen Feldmarschalls nicht unerwähnt bleiben. Als dem Feldmarschall die Kandidatur angeboten wurde, hat er erst eine Bedenkzeit erbeten und bei seinem Kaiser, dem er den Treueid geschworen hatte, die Genehmigung zur Annahme eingeholt.

Ein Präsidentschaftskandidat, der zur Bewerbung um das Amt zuvor die Genehmigung des ehemaligen deutschen Kaisers einholt! Deutlicher konnte der Gedanke der Platzhalterschaft durch Hindenburg selber kaum ausgedrückt werden. Kann das deutsche Volk wirklich einen Präsidenten der Republik wählen, der in dieser Weise die Republik **verhöhnt**?!

Der Wirtschaftsrat.

Kein Memorandum für den Handel.

Berlin, 12. März. In der weiteren Beratung des Wirtschaftsrats beim Wirtschaftsministerium nahmen gestern Vertreter aller interessierten Richtungen und Landesteile, darunter auch führende Minister Süddeutschlands und Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Wort. Das Prinzip der **gemeinwirtschaftlichen Kapitalbildung**, sowie die **Zentralisierung des Geldverkehrs zwischen Deutschland und dem Ausland** wurde „allseitig als richtig anerkannt". Uebereinstimmend herrschte auch, laut „Voss. Ztg.", Einigkeit darüber, daß ein Memorandum für den Handel unter keinen Umständen eingeführt werden dürfe.

Berlin, 10. März. Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium begann heute unter Zuziehung von Sachverständigen eine Aussprache über die **Förderung der inländischen Produktion und die Kreditbeschaffung** für die deutsche Volkswirtschaft. Unterstaatssekretär Hirsch gab einleitend einen Umriß über das Wirtschaftsprogramm des Reichswirtschaftsministeriums. Er betonte die Notwendigkeit einer **straffen Industriepolitik**. Materialknappheit und Kapitalmangel drängen zur organisierten Wirtschaft. Eine Umgestaltung der bürokratischen Wirtschaft mache eine Selbstverwaltung der Interessenten unter gleichberechtigter Mitwirkung aller beteiligten Parteien erforderlich. Sodann müsse die Produktion rationalisiert werden und die technischen Produktionsbedingungen durch Normalisierung und Typisierung verbessert werden. Eine **Angleichung der Inlands- an die Weltmarktpreise** sei auf längere Dauer nicht aufzuhalten, dürfe aber keinesfalls übereilt werden und unter eines Valutatiefstandes, für den nicht allein wirtschaftliche Gründe maßgebend seien, erfolgen. Die Organisation des **Außenhandels** erfolge durch die Selbstverwaltungskörper. Deren Tätigkeit müsse durch eine hochkommunale Ausgestaltung der Auslandsorganisationen unterstützt werden, die alle widerrechtlich eingeführten Waren beschlagnahmen. Eine Vereinfachung der wirtschaftlichen Verwaltung auch in den Einzelstaaten und Provinzen müsse eingeleitet werden. Eine Unterstützung [illegible] das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft in der letzten Zeit wieder gestiegen sei.

In der Debatte setzten sich Sachverständige und Vertreter der Arbeitnehmer für eine **scharfe Erfassung der Exportgewinne** ein. Gegen die Forderung der Arbeitgeber, die Arbeitsleistung, namentlich in der Grundstoffindustrie, durch **Ueberschicht** zu erhöhen, machte sich bei den Arbeitern **Widerspruch** geltend, die gegen eine Verlängerung der normalen Arbeitszeit auftraten. Der Vorsitzende des Wirtschaftsrats, Direktor Kraemer, betonte, weder die Rohstoffversorgung noch der Export könne programmatisch für längere Zeit festgelegt werden. — Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Eine falsche Behauptung Millerands.

WTB. Berlin, 11. März. Nach Pressemeldungen hat Ministerpräsident **Millerand** behauptet, daß Deutschland die militärischen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verletzt, indem es Waffen verborgen halte und anderes mehr. Im Anschluß hieran stieß er die Drohungen aus, die bereits aus seiner Kohlennote bekannt sind, und stellte die Unterbrechung der Räumungsfristen und die Wiederbesetzung bereits geräumter Gebiete in Aussicht. Hierzu wird uns von zuverlässiger Seite unter anderm geschrieben: Deutschland denkt nicht daran, irgendwelche geheime Waffenlager zu unterhalten. Alle Vorgänge spielen sich vor den Augen der Ententekommissionen ab, die mit zahlreichen Unterkommissionen das ganze Reich überschwemmen. Sämtliche in den Händen der Armee und des Reichswirtschaftsministerium befindlichen Waffen werden vielmehr den zuständigen Ententeaufsichtsbehörden pflichtgemäß angezeigt. Wenn der französische Ministerpräsident glaubt, Beschwerde darüber führen zu müssen, daß Deutschland eigenmächtig Kriegsmaterial zerstört habe, so ist dem entgegenzuhalten: Der Sinn des in Frage kommenden Artikels 169 kann für jeden billig Denkenden nur darin gesucht werden, daß das überzählige Kriegsgerät Deutschland so schnell und gründlich wie möglich zerstört wird und zwar auf deutschem Gebiet, denn es wird darin ausdrücklich festgesetzt, daß die Auslieferung diese Geräte an die Ententemächte zur Zerstörung auf deutschem Gebiet erfolgen soll. — Wenn also Deutschland schon seit Abschluß des Waffenstillstandes, also noch vor Inkrafttreten der betreffenden Vertragsbestimmungen, mit dem Zerstören von Kriegsmaterial begonnen hat, so handelt es damit gerade durchaus im Sinne dieses Artikels.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber

1.

Zu beiden Seiten der Straße erhoben sich Hügel, dehnten sich mählich hinan und machten den Versuch, eine Gebirgskette aufzubauen, welche aber etwas niedrig ausfiel. Es war eine vornehme Straße, sie erlaubte den Häusern nur rechts und links Spalier zu machen und bewilligte der Ortschaft nur eine einzige Gasse. Ab und zu verzweigte sich auch ein Fahrweg und wand sich zwischen den Hügeln hindurch. Wer sich dort angesiedelt hatte, in den vereinzelten, verstreuten Gehöften, der gehörte wohl zur Gemeinde, aber ein Ortskind war er nimmer, er wohnte — wie sollte man es heißen, in der Schlucht, im Hohlweg? Das hieße den sanft ansteigenden Hügeln doch zuviel romantische Ehre antun, der Volksmund traf auch hier das Richtige und nannte diese Wegstrecken „Gräben", und so wohnte ein und der andere Bauer im „mittleren", im „Heu-", „Wasser-" oder sonst irgendeinem Graben.

Im „mittleren" Graben, nahezu eine halbe Stunde vom Orte, befand sich ein Häuschen, über dem Hügel vor demselben stand die Sonne und spiegelte sich in den Fensterscheiben, diese gaben für diesmal das Bild in scharfen Umrissen wieder, denn sie waren dicht verhangen. Im ganzen Gehöft ist alles still und ruhig, nur in der Küche, gerade vor der Stube mit den verhängten Fenstern, da brodelt manchmal vorlaut das Wasser in einem Topfe, oder es trotzt von einem Deckel und verzischt auf der heißen Herdplatte; eine stämmige Diene, die da herumhantiert, ruft dann immer ein strafendes „Pscht", auch einer Weile aber beginnt sie einen Bändler vor sich hinzusummen, bis sie ein Schmerzenslaut aus der Stube vermahnt, daß sich das doch auch nicht recht schicken will, und dann läuft sie geschäftig nach der Tür derselben und guckt hinein und nickt den beiden Weibern zu, die da drinnen um die in Kindesnöten liegende Reindorferin geschäftig sind; geschäftig wohl nur die eine, die künftige Gevatterin, die andre, ein altes, zusammengeschrumpftes Mütterchen, blickt aus großen nichtssagenden Augen, als ob sie sich über alles höchstlich verwundern würde, sitzt aber eigentlich ganz ruhig nebenbei und wartet, bis die Pflicht sie ruft.

Draußen im Hofe steht ein alter Mann, er mag sich immerhin auf seinen Taufschein berufen, der ausweist, daß er noch nicht die erste Hälfte der Fünfziger überschritten hat, er ist aber von der Zeit so übel mitgenommen, daß ihm die Berufung wenig nützen wird, er denkt wohl auch nicht daran, und was den Taufschein anlangt, wäre ihm wohl lieber, der Pfarrer hätte nie die Mühe gehabt, einen Joseph Reindorfer in das Kirchenbuch einzutragen.

Also der Bauer war es, der Herr der Liegenschaft, der Joseph Reindorfer, der da draußen im Hofe vor einem Leiterwagen stand, dem ein magerer Brauner vorgespannt war, auf dem Sitzbrett saßen ein vierschrötiger Bursche, etwa sechzehn Jahre alt, und ein Mädchen, das vierzehn zählen mochte, die Kinder des Bauers.

Reindorfer nahm die Peitsche, die an der Deichsel lehnte, und langte sie dem Jungen zu. „Nun macht, daß Ihr fortkommt, grüßt mir meinen Bruder und fahrt fein gescheit, es hat keine Eile, Ihr braucht mir" — setzte er verlegen hüstelnd hinzu — „nicht vor Abend heimzukommen."

Der Bursche sagte. „Tut doch der Vater gerade, als wüßte man von nichts!"

Das Mädchen wurde rot, blickte zur andern Seite des Wagens nieder und stupfte den Bruder leise mit dem Ellbogen.

„Was wirst auch viel wissen," brummte der Bauer.

„Für seine alten Tage," sagte der Bursche keck, „hätte der Vater auch gescheiter sein können."

Der Alte riß eine Mistgabel an sich und holte damit aus, aber er besann sich, sah den Buben giftig an und schlug nach dem Pferde, das erschreckt zum Hoftor hinausjagte und den Wagen hinter sich her riß.

Das Mädchen kreischte, der Junge fluchte, und als er den Wagen in ruhigen Gang gebracht hatte, sagte er zur Schwester: „Der Hof ernährt ohnedem kaum eines, bist du schon zu viel, weil du ja auch ausgestenert werden sollst, nun soll gar noch ein drittes davon fressen und zehren und beteilt werden."

Er machte durch einen Peitschenhieb seinen Gefühlen Luft, und das Mädchen, das im übrigen seine Anschauungen zu teilen schien, vergalt die Anspielung auf sich, nur durch einen nicht ernst gemeinten Buff.

Reindorfer hatte das Hoftor hinter den Davonfahrenden geschlossen, jetzt ging er langsam dem Garten zu; als er an der Küche vorbeikam, trat die Magd an die Schwelle und lächelte ihm zu, er sah sie groß an, dann wandte er sich ab und schritt kopfschüttelnd weiter. Im Garten war eine Laube, dicht mit Reben umrankte Latten, dort ließ er sich auf die Bank nieder, stemmte die Ellbogen auf den Tisch und starrte auf den feinen Kies der Wege.

Durch das breite Weinlaub spielte das Sonnenlicht, die Wiese, die hinter dem Garten hinanstieg, ließ es in hellem Grün erglänzen, bis hinauf zu dem Kamme des Hügels, den eine tiefdunkle Tannenwaldung umsäumte. Kroch, schwirrte und surrte es nicht durcheinander in Halmen, Büschen und Bäumen, flatterte, flirrte und sang es nicht in den Lüften? Das wirkt der Sonnenschein mit Licht und Farbe und Wärme — es ist doch sonst oft dem Bauer dort in der Laube das Herz im Leibe dabei aufgegangen, daß ihm das Grün so erfreulich, der Vogelsang so lustig schien, warum gerade heute nicht, wo man aus der linden wohligen Luft mit jedem Atemzug Lebensfreudigkeit und Lebensmut in sich sog, wo im lieben klaren Tageslicht jede Sorge verbleichen mußte, warum schlich er nicht über den Hof, und stahl sich leise durch die Küche, und lauschte an der Tür der Stube mit den verhängten Fenstern, die Magd hätte ihn sicher nicht verraten und wundernehme sie es auch nicht, wenn er es täte, das wollte sie ihm nur zu verstehen geben, als sie ihn vorhin anlachte — warum hielt er sich ferne?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200312-18/fragment/page=0002

Wichtige Gesetzentwürfe vom Reichsrat überwiesen.

Berlin, den 11. März. Das WTB. berichtet: Der Reichsrat überwies heute eine Anzahl neuer Gesetzentwürfe dem Ausschuß, darunter den Staatsvertrag über den Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich, den Entwurf eines Reichswahlgesetzes, eines Gesetzes über den Volksentscheid, eines Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten, eines Gesetzes über die Ausdehnung der Versicherungspflicht der Krankenversicherung. Angenommen wurde in der Plenarsitzung der Gesetzentwurf über die Aenderung des Gesetzes über Wochenfürsorge und die Verordnung über die neuen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte des Jahres 1920 in den vom volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung etwas abgeänderten Form.

Die Unruhen in Mährisch-Ostrau.

Das Standrecht von der Ententekommission verhängt.

WTB. Wien, 11. März. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Mährisch-Ostrau: Um blutige Zusammenstöße zwischen Tschechen und Polen im Kohlenrevier zu verhindern, schritten Militärabteilungen der Entente ein. Hierbei wurden in Teschen ein italienischer Offizier mißhandelt und ein französischer Soldat durch einen Schuß aus der Menge getötet. In Karwin wurde ein Demonstrant, der gegen einen italienischen Offizier Handgranaten werfen wollte, niedergeschossen. Die Ententekommission beabsichtigt, die ganze Demarkationslinie mit Truppen zu besetzen.

WTB. Mährisch-Ostrau, 11. März. Ein hiesiges Blatt veröffentlicht über die Ereignisse im Karwiner Gebiet folgenden Bericht: Die Bevölkerung des Karwiner Gebiets hat gestern eine der schrecklichsten Nächte durchlebt. Die Polen schossen bis Mitternacht aus Maschinengewehren und Revolvern. Alles bezeugt, daß die Polen einen großen planmäßigen Angriff auf Orlau vorbereitet hatten. Diese Absicht wurde durch französische und italienische Ententetruppen verhindert, welche sich vor Karwin zur Wehr setzten, wobei ein französischer Soldat getötet wurde. Ein Teschener Korrespondent meldet, daß die interessierte Ententekommission in Teschen das Standrecht über das ganze Teschener Gebiet verhängt hat.

Wieder eine Lüge.

Die „Deutsche Tageszeitung", das Organ für deutsche Treue und Biederkeit, verfertigt für die kleinen agrarischen Provinzkleffer und ihre getreuen Schäflein auf dem Lande immer feste drauf Hetznachrichten gegen die Sozialdemokratie. So brachte sie in ihrer Dienstag-Nummer folgenden Bers:

Der Revolutionsbürgermeister. Gandersheim, 1 März. Unser Berichterstatter meldet: Der mehrheitssozialistische Bürgermeister Württemberg, der seit Monaten zahlreicher Verfehlungen beschuldigt wird, ohne daß die Behörde einzuschreiten ist jetzt seines Amtes enthoben worden.

Diese Nachricht ist ihrem ganzen Inhalte nach erfunden. Der Bürgermeister von Gandersheim heißt nicht Württemberg, sondern Gräf, er ist nicht Sozialdemokrat, sondern Regierungsassessor und steht weit rechts. Er hat auch keinerlei Verfehlungen begangen, sondern ist erkrankt, und deshalb verwaltet an seiner Stelle jetzt ein ebenfalls gut bürgerlicher Herr, ein Major a. D., das Bürgermeisteramt. Die ganze Schauergeschichte von Gandersheim ist also von A bis Z gefälscht; aber was macht das? Es kommt doch auf die Diskreditierung der Republik an.

Die Unabhängigen als Ententeknecker der Entente.

Bekanntlich hatte der General Nissel in der französischen Kammer gegen die deutsche Regierung die blödsinnige Beschuldigung erhoben, daß sie insgeheim eine Armee zu schaffen suche, die den Bestimmungen des Friedensvertrags widerspräche. Die Regierung konnte sofort amtlich nachweisen, daß dieser plumpe Angriff nichts war als der übliche französische Ausfluß von Deutschenhaß. Nur die unabhängige „Leipziger Volkszeitung" war anderer Meinung. In Nr. 18 teilte sie in Sperrdruck auf der ersten Seite mit, daß der deutschenfresserische französische General zu seinem dummen Verdacht „**die berechtigten Gründe habe**"!

In dasselbe Kapitel paßt vorzüglich das unerfreuliche Beispiel von Würdelosigkeit und Liebedienerei vor der Entente, das der Oberpräsident Ostpreußens, August Winnig, in Nr. 112 des Vorwärts öffentlich brandmarkt. Winnig teilt dort mit, daß sich nach der Besetzung des Abstimmungsgebietes in Ostpreußen durch die Entente Unabhängige dort oben an den englischen Vorsitzenden der alliierten Kommission mit allen möglichen Beschwerden gewandt hätten. Namentlich wollten sie von dem Engländer die Aufhebung des Ausnahmezustandes erwirken, wollten also, daß der Engländer sich wider Recht und Gesetz gegen die deutsche Regierung wende. Der Engländer erklärte jedoch den Unabhängigen, daß er nur wegen der Abstimmung da sei, alle anderen Dinge gingen ihn nichts an.

Das mußten sich die „deutschen" Unabhängigen von einem Engländer sagen lassen. Wie recht hatten doch die russischen Bolschewisten, als sie in wiederholten Fällen die deutschen Unabhängigen als „**die Stiefellecker der Entente**" bezeichneten!

Daß dieses Urteil keineswegs zu hart ist, zeigt die unabhängige Freiheit in ihrer Nr. 87. Dort gibt sie (zum wievielten Male eigentlich?) wieder einmal der Entente Waffen gegen das eigene Vaterland in die Hand. Die Freiheit behauptet dort, das Recht der Entente (!), die Kriegsschuldigen bestrafen zu lassen, sei „das mindeste, was die Staaten, die auf Erfüllung eines unterschriebenen Vertrags verzichten, verlangen könnten." (!) Ferner schreibt das Blatt:

Man kann unmöglich von den Machthabern in Paris und London erwarten, daß sie sich der Gefahr aussetzen, die Personen, die in ihrer Liste stehen, ähnlich behandelt zu sehen, wie die Mörder Liebknechts oder die, die für die Erschießung der 32 Matrosen die Verantwortung tragen.

Und um ganz sicher das Roß der Entente zu gewinnen, fügt das unabhängige Blatt noch hinzu:

Es ist unter diesen Umständen nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit, daß die deutsche Regierung sich bei der Durchführung der Prozesse in irgendeiner Form die Oberaufsicht der Entente gefallen läßt. Sie muß, was die Zusammensetzung der vor Gericht zu stehenden Personen angeht, den Vorbehalten des Obersten Rates Rechnung tragen, und sie muß ihm weiter auch die Berechtigung zu einer Revision der Urteile zugestehen.

In kurzen Worten ausgedrückt, heißt das klar und deutlich: **Es lebe die Entente!** Diejenigen Zeitungen tun ein gutes Werk, die eine derartige Würdelosigkeit, die an Hochverrat grenzt, dem ganzen Volke bekanntgeben.

Kurze Notizen.

Die Freiwillige Zentralstelle für ausgewiesene Elsaß-Lothringer teilt amtlich mit, daß bisher 90 000 Personen Elsaß-Lothringer verlassen haben, nämlich 29 600 Männer, 31 000 Frauen und 36 000 Kinder. Rechnet man die jenigen hinzu, welche die Uebernahmestelle nicht passiert haben, und jene, die nach Entlassung vom Militär nicht mehr nach Elsaß-Lothringen zurückgekehrt sind, so ist das erste Hunderttausend heimatloser Menschen bereits überschritten.

Zum Vorsitzenden des Danziger Staatsrates wurde, wie verschiedene Blätter melden, der Oberbürgermeister Sahm gewählt.

Kein Verkehrsstreik. Nach dem „Lok.-Anz." ist ein neuer Verkehrsstreik in Groß-Berlin nicht zu befürchten.

Erwachen der internationalen Solidarität. Einem Privattelegramm der „Voss. Z." zufolge wollen die sozialistischen Genossenschaften Italiens mit deutschen Konsumgenossenschaften über direkten Güteraustausch verhandeln. Außerdem senden sie und die sozialistische Fraktion zusammen eine wirtschaftlich-politische Mission zum Sowjetvertreter nach Kopenhagen, die die spätere Mission nach Rußland vorbereiten soll.

Reisebeschränkung in Frankreich. Infolge des Streiks der Grubenarbeiter in den Departements Nord und Pas de Calais schlägt der französische Minister der öffentlichen Arbeiten vor, den Reiseverkehr um ein Drittel einzuschränken. Die Warentransporte jedoch sollen nicht leiden.

Kabinettskrise in Italien. Nach einer Havasmeldung aus Rom wird in den Wandelgängen des Montecitorio behauptet, daß Schatzminister Schanzer, Landwirtschaftsminister Visocchi und Industrieminister Dante Ferraris ihre Entlassung eingereicht hätten. Ueber die Lösung der Krise verlautet nichts Bestimmtes.

Der Parlamentarismus in Honduras. („Berl. Tageblatt") Wie die New Yorker Blätter melden, endete die Februartagung der Abgeordnetenkammer von Honduras mit einem heftigen Wortwechsel, der schließlich in Streitigkeiten ausartete. In deren Verlauf wurden zwanzig Abgeordnete schwer verletzt und einige getötet. Unter den Toten befindet sich auch der Kammerpräsident Romula Duron.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 11. März. 154. Sitzung. 12 Uhr 10 Minuten.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung.

Die Anleihedenkschrift für das Reich wird ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Das Gesetz über die Erhebung der Biersteuer wird in allen drei Lesungen debattelos angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Landessteuergesetzes.

Zu § 2 (Inanspruchnahme von Steuern durch das Reich schließt die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder usw. aus) beantragt

Abg. Schneider-Franken (B. Vpt.) Ablehnung wegen Verfassungswidrigkeit. Ebenso sei die Annahme dieses Paragraphen mit einfacher Stimmenmehrheit verfassungswidrig.

§ 2 wird angenommen.

§ 53 bestimmt, daß das Reich jedem Lande und seinen Gemeinden die Einnahmen aus seinen Steuern in der bisherigen Höhe garantiert. Aenderungen in der Höhe der Steuern nach dem 5. März bleiben außer Ansatz.

Unterstaatssekretär Mösle bittet, es bei der Fassung der zweiten Lesung zu belassen. Eventuell könnte nach einem Antrag der Mehrheitsparteien der 10. März als Stichtag in Frage kommen.

Der Antrag der Mehrheitsparteien — Stichtag 10. März — wird angenommen. Ebenso ein Antrag Braun, wonach Aenderung des garantierten Betrages nur für die Ausgaben erfolgt, die das Reich 1919 von den Ländern und Gemeinden übernimmt.

Der Antrag Dr. Becker-Hessen, betreffend ungerechtfertigte Aenderungen und betreffend Zuschiebung der Beweislasten an den Reichsfinanzminister, wird in namentlicher Abstimmung mit 63 gegen 174 Stimmen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird im wesentlichen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, auch in der Gesamtabstimmung.

Die dritte Beratung des Entwurfes eines Reichseinkommensteuergesetzes wird zu Ende geführt, indem § 23 (Waldnutzungen) nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen wird.

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz angenommen.

Die Berichte des Ausschusses für Volkswirtschaft und diejenigen des Ausschusses für soziale Angelegenheiten werden erledigt.

Morgen vormittag 10 Uhr: Anfragen und kleine Vorlagen.

Schluß nach 8 Uhr.

Da das Haus einige Tage in Ferien will, ist die nächste Sitzung schon auf 10 Uhr vormittags angesetzt. Große Dinge kommen auch da nicht zur Erledigung: Anfragen, dritte Lesung des Körperschaftssteuergesetzes, kleine Vorlagen.

Gewerkschaftliches.

Der 10. Verbandstag des Steinsetzerverbandes.

In Dresden findet der 10. Verbandstag des Verbandes der Steinsetzer, Pflasterer und Brunnenmeister Deutschlands in der Zeit vom 7. März und folgende Tage statt. Die Zeit vor dem Kriege zeigte eine schöne Entwicklung nach auswärts. Am Schlusse des Jahres 1913 zählte die Organisation 11 164 Mitglieder, die sich bis zum 1. Juli 1914 auf 12 056 erhöhte. Der Krieg wirkte auf diese Entwicklung in unheilvollster Weise ein. Am Schlusse des Jahres 1915 wurden noch 3207 Mitglieder gezählt, 1916 waren es 2911 Mitglieder, 1917 erreichte die Zahl ihren Tiefstand mit 2433 Mitgliedern, um am Jahresschluß 1918 auf 4518 zu steigen. Das Jahr 1919 brachte mit 11 345 Mitgliedern fast den alten Höchststand der Mitgliederzahl vor dem Kriege wieder herbei. Rund 10 Prozent der Mitglieder sind dem Kriege zum Opfer gefallen; nicht unbedeutend ist die Zahl der Schwerkriegsbeschädigten, die aus dem Berufe ausgeschieden sind.

Die Arbeitsmöglichkeit während des Krieges war wie im gesamten Baugewerbe äußerst beschränkt. Nur bei baulichen Verfestigungen kriegswichtiger Betriebe war für einen Teil der Mitglieder Arbeit vorhanden. Ein großer Teil hatte in der eigentlichen Kriegsindustrie Unterkommen gefunden. Von der Kriegsinflation war im Steinsetzerberufe wenig zu spüren. Demgemäß bewegten sich auch die Lohnsätze im Rahmen der Löhne des Baugewerbes. Es wurden der Teuerung entsprechend Zulagen zu den Tariflöhnen gefordert und geschaffen, aber sie entsprachen bei weitem nicht den in der Kriegsindustrie gezahlten Löhnen. Seit dem Jahre 1919 ist in diese Entwicklung ein schnelleres Tempo gekommen. Allgemein ist festzustellen, daß Ende des Jahres 1919 die Lohnhöhe sich ca. 400 Prozent über dem Friedensstande bewegt. Die aufwärtsstrebende Teuerung läßt die gleiche Bewegung der Löhne auch im neuen Jahre folgen.

Neben dem Bericht über die Tätigkeit des Hauptvorstandes wird die Verschmelzungsfrage einen breiten Raum der Verhandlungen des Verbandstags einnehmen. Hier streben verschiedene Richtungen verschiedenen Zielen zu. Ein Teil der Mitglieder neigt der Verschmelzung mit dem Deutschen Bauarbeiterverbande zu, ein anderer agitiert zu den Gewerkschaften und ein sehr großer Teil tritt nach wie vor für die weitere Selbständigkeit des Verbandes ein. Weiter wird der Verbandstag zu der Schaffung eines Reichstarifes Stellung nehmen. Weiter sei vermerkt, daß auch der Steinsetzerverband von den unlauteren Machenschaften, die die politische Trennung der Arbeiterschaft herbeiführt hat, nicht unbeeinflußt geblieben ist. Trotz der vorhandenen Gegensätze ist mit großer Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß der Dresdner Verbandstag die Mitglieder fester denn je um die Fahne des Verbandes scharen wird. Mit werden über die Verhandlungen am Schlusse der Tagung zusammenfassend berichten.

Aus aller Welt.

Berlin, 11. März. Amtlich. Die französischen Soldaten, die sich in Wermis des Wilderns schuldig gemacht haben, gehören zu der Alliierten-Kommission, der die Ueberwachung des Jagdwesens obliegt. Diese Kommission wird von dem englischen General Masterman geführt, der auch bereits das Ergebnis einer von ihm angeordneten Untersuchung des Vorfalles überreicht hat. Der französischen Regierung wurde wegen des Vorkommnisses im Hotel Adlon das Bedauern ausgesprochen, weil hierbei außer den Mitgliedern der interalliierten Kommission auch ein Herr in Mitteldeutschland gesogen worden war, der zu der in Baden-Baden tätigen französischen Kommission gehört. Im Fall Wermis haben wir es also mit der Entente als ganzes zu tun.

Paris, 11. März. Entschädigung für Wilderer? Nach einer Havasmeldung steht zu erwarten, daß die französische Regierung für den in Deutschland getöteten französischen Soldaten eine bedeutende Entschädigung verlangen wird, ähnlich wie im Fall des Wachtmeisters Mannheim.

Hamburg. Rückgang der Grippeerkrankungen. Im Stand der Grippeerkrankungen ist in den letzten Tagen eine Besserung festzustellen. Die Zahl der in den städtischen Krankenhäusern eingelieferten Kranken hat etwas nachgelassen, ebenso ist die Zahl der Erkrankungen beim Versicherungsamt, die 700 bereits überschritten hatte, auf 688 zurückgegangen. Der Höhepunkt der Grippewelle dürfte also wohl überschritten sein.

Wilhelmshaven, 11. März. Flugzeugunglück. Zwischen Helgoland und Wangeroog ist ein Flugzeug verunglückt. Die drei Insassen sind ertrunken.

Paris, 10. März. Eine Kätzewelle hat in Frankreich starken Schaden an den Obstbäumen angerichtet, deren Blüte in den meisten Gegenden sehr vorgeschritten war.

Wenn man keine Zeitung liest. In dem Dorfe E. bei Landeshut lebte ein Bäuerlein, ein Feind jedes Zeitungslesens. Vor 14 Tagen leanete eine seiner Rosinanten das Zeitliche. Ersatz mußte wieder geschaffen werden. Er wurde mit seinem Freunde, dem Pferdehändler G., über einen Kauf für 5000 Mk. einig, der letzteren Unsicherheit wegen hatte unser Bäuerlein das Geld nicht mitgebracht und G. fuhr mit seinem Gespann und dem gekauften Pferde mit nach E. Hier erklärte dem Pferdehändler unser Bäuerlein, er hätte leider kein Papiergeld mehr, ob G. Silbergeld möchte; darob machte der Händler ein verdutztes Gesicht, das Silbergeld hätte ja jetzt seinen Wert verloren, aber G. hätte einen guten Bekannten bei der Reichsbank, und der würde es wohl noch einmal annehmen, also zahlte das Bäuerlein den Kaufpreis in Silber 8000 Mk., ohne sich bewußt zu sein, daß er ein Vermögen fortgab.

Kleines Feuilleton.

Richard Strauß geht nach Buenos Aires. Wie aus Wien gemeldet wird, wurde Richard Strauß verpflichtet, ab 1. September in Buenos Aires 20 Konzerte zu dirigieren. Sein Engagement wird sich auf 2 Monate belaufen. Das Orchester wird sich aus römischen Musikern zusammensetzen.

Stadttheater: Heute, Freitag, abend 7 Uhr gelangt Lessings Lustspiel „Minna von Barnhelm" zur Aufführung. Sonnabend abend 7 Uhr geht „Illebill", das Märchen von dem Hilder und seiner Frau, eine dramatische Sinfonie von Friedrich Klose, in Szene. Da die Eingänge zum Zuschauerraum während der Aufführung geschlossen bleiben, werden die Theaterbesucher höflichst ersucht, rechtzeitig zum Beginn der Vorstellung ihre Plätze einzunehmen. Zuspätkommende können für den dadurch bedingten Verlust ihrer Plätze nicht entschädigt werden. Sonntag nachm. 3 Uhr wird das Singspiel „Das Dorf ohne Glocke" gegeben, abends 7 Uhr „Königskinder", Montag „Der Bajazzo", hierauf „Cavalleria rusticana".

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Das Urteil gegen Helfferich.

WTB. Berlin, 12. März. Der Angeklagte Exzellenz Dr. Helfferich wurde wegen fortgesetzter Beleidigung im Sinne der Paragraphen 185, 186 zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Ferner wurde die Einziehung der Broschüre „Fort mit Erzberger" sowie mehrerer Exemplare der Kreuzzeitung und der zu ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen ausgesprochen.

Der Gesetzentwurf über Vereinigung Bayerns mit Koburg angenommen.

WTB. München, 11. März. Der bayerische Landtag hat heute in Gegenwart der vollzählig erschienenen Vertreter der koburgischen Regierung und des koburgischen Landtags den Gesetzentwurf über die Vereinigung des Freistaats Koburg mit dem Freistaat und den dazu gehörigen Staatsvertrag einstimmig angenommen.

Wechsel in der Ententebesatzung.

WTB. Paris, 11. März. Nach einer Meldung der „Daily Mail" aus Köln hat Marschall Foch einen Kriegsrat abgehalten, dem auch Marschall Wilson beiwohnte. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die französischen Truppen in Kürze einen neuen Teil der besetzten Gebiete übernehmen und daß alsdann einige englische Bataillone zurückgezogen würden.

65 000 streikende Textilarbeiter in Frankreich.

WTB. Lille, 11. März. Der Streik der Textilarbeiter in Roubaix-Tourcoing und den benachbarten Gegenden ist ein vollständiger. Man schätzt die Zahl der Streikenden auf 65 000. Die Arbeit ruht überall.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200312-18/fragment/page=0003

Leipzigerstrasse 88

Fernruf 1224. Fernruf 1224.

Erstaufführung!

ASTA NIELSEN

in dem sensationellen Drame in 5 Akten

„Der Fackelträger"

Aus dem Inhalt:

Gewaltige Naturereignisse, Riesenbrand.

Vorführung: 4.40 6.50 9.10.

Beginn 4 Uhr.

U.T.

Ab Freitag, 12. März 1920

2

große Tagesereignisse

Dazu das übrige interessante Programm.

Alte Promenade 11a

Fernruf 5738. Fernruf 5738.

Erstaufführung!

POLA NEGRI

in dem Filmroman in 4 Abteilungen.

„Die Marchesa D'Armiani"

Erstaufführung!

Vorführung: 5.00 7.10 9.30.

Beginn 4 Uhr.

Walhalla-Operettentheater. Anfang 7½ 8 Uhr: Nur noch wenige Tage: Die Czikossbaroness. In Vorbereitung: Der Mann ohne Vergangenheit. Sonntag nachm. 3½4: Rapunzel mit dem langen Haar. Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater Sonnabend, d. 13. März, Anfg. 7, Ende 9½ Uhr: Elsebill. Sonntag nachm.: Das Dorf ohne Glocke. Sonntag abend: Königskinder.

Heydrichs Konservatorium Unterricht in all. Fächern für Musik, Theater und Lehrberuf. Aufnahme von Erwachsenen und Kindern.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Licht-Spiele Friedrich Zelnik in dem grossen, gewaltigen Filmschauspiel in fünf Abteilungen **Der rote Sarafan.** Vorführung: 4.50, 7.00, 9.15. Dazu: Sein Strandliebchen. Lustspiel in 3 Akten. Einlaß 3½ Uhr, Beginn 4 Uhr. Fernsprecher 4681. Grosse Ulrichstr. 54. Im Herzen der Stadt.

Ammendorf. Beesen. Osendorf.

Am Freitag, den 12. März, abends 7 Uhr findet in Ammendorf im „Goldenen Adler" eine

öffentl. Volksversammlung

mit freier Aussprache statt.

Thema:

Die Politik der Unabhängigen oder unabhängige Politik.

Redner: Dr. Stadtler, Berlin.

Zahlreiches Erscheinen aus Ammendorf u. Umg. erwünscht. Zur Deckung des Teiles der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 30 Pfg. erhoben.

Liga zum Schutze der deutschen Kultur Sektion Halle.

Kunststopfen und Handweberei sämtliche Stopfarten werden der Webart an entsprechend wieder hergestellt **F. R. Ludwig,** Kranzenstraße 24.

Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Eröffnung Sonntag, den 14. März, in Halle, Martinschule (Charlottenstr.). Veranstaltet vom National-Hygiene-Museum Dresden und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Täglich geöffnet v. 10—7 Uhr für Damen u. Herren. Montags und Donnerstags nur für weibliche Besucher. Eintrittspreis 1.00 Mark. Personen unter 16 Jahren haben keinen Zutritt. Im Anschluß an Vorträgen ärztliche Führung.

Mottentafeln für Wiederverkäufer billigst eingetroffen Tel. 3477 Paul Lange, Tel. 3477 Kurz- und Galanteriewaren-Großhandlung. Merseburgerstr. 168. Nähe Riebeckplatz.

Stellen finden

Fleißige Arbeiter erhalten dauernde Beschäftigung. Reinsdorfer Steinbrüche u. Schotterwerke Landsberg, Gelle

Suche zum 1. 4. od. 15. 4. ein ehrliches, sauberes **Hausmädchen,** nicht unt. 22 Jahre gute Behandlung u. Kost zugesichert. Frau Fischer, Molkerei Bitterfeld, Innere Röthenerstraße 24.

Zeitungsausträgerin für **Ammendorf** sucht zum baldigen Antritt der **Verlag der Volksstimme, G. m. b. H.** Meldungen sind an Herrn Hafermann, Ammendorf, Halleschestraße 37, zu richten.

Kaufgesuche

Achtung! Täglicher Ankauf von Fellen jeder Art zu höchsten Tagespreisen **Paul Günther, Graseweg 8** Geschäft für sachgemäße Zurichtung und Verarbeitung von Fellen. Auch für Privatkundschaft.

Möbel Wäsche Federbetten usw. kauft zu hohen Preisen **Frau Hornickel,** Gr. Klausstr. 19 Ecke Domstr. Tel 4314.

Sie kaufen **Emaillewaren** in blau und grau, la Qualitäten, preiswert bei **Max Belger,** Geiststraße 59/60.

Bitterfeld

Volksknabenschule Bitterfeld.

Bei der am 7. März stattgefundenen Elternbeiratswahl wurden 551 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf: Liste Hagemeister 266 = 12 Mandate, „ Lebbin 95 = 4 „, „ Wolf 190 = 9 „.

Es sind somit gewählt von der Liste Hagemeister

1. Hagemeister, Schreiberstr. 11.
2. Roeder, Markt.
3. Jacobsch, Jun. Bismarckstr. 30.
4. Menzebach, „ „ 38.
5. Caspar, Mittelstr. 26.
6. Hermann, Christian, Feldstr. 28.
7. Bieling, Kaiserstr. 24.
8. Mengel, „ 35.
9. Preyer, Sietzstr. 4.
10. Schröder Dr., Jun. Bismarckstr. 14.
11. Mielhenz, Christian, Kaiserstr. 14.
12. Matt, Rev.-str. 48.

von der Liste Lebbin.

1. Lebbin, Jeßnitzerstraße 8.
2. Baumann, Neuestraße 42.
3. Lehmann, Rathausstraße 20.
4. Prüfer, Dessauerstraße 24.

von der Liste Wolf.

1. Wolf, Jun. Förderstraße 34.
2. Döring, Christian, Gartenstraße 15.
3. Herzau, Ackerstraße 8.
4. Mauß, Schießhausstraße 10.
5. Aler, Christian, Rathenauallee 4.
6. Thalheim, Ackerstraße 5.
7. Richter, Greppinerstraße 6.
8. Wächter, Holzweißigerstraße 4.
9. Schneider, Christian, Schießhausstraße 10.

Bitterfeld, den 11. März 1920.

Der Wahlvorstand. J. V. E. Lebbin.

Die vorerwähnten gewählten Elternbeiratsmitglieder lade ich gemäß der Bestimmung zur ersten Zusammenkunft am **Montag, den 15. März 1920, abends 6 Uhr, in den Räumen der Turnhalle, Wolfstr. ein.**

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Bitterfeld, den 11. März 1920.

Müller, Rektor.

Oeffentliche Volksversammlung

Am 16. März abends 7½ Uhr findet im Thaliasaal eine öffentliche Volksversammlung statt.

Redner: Schriftsteller Dr. Stadtler-Berlin.

Thema:

Die Bürgertum — die Proletariat

Freie Aussprache.

Die ganze Einwohnerschaft wird ergebenst um zahlreiches Erscheinen in dieser Versammlung gebeten.

Liga zum Schutze der deutschen Kultur. Sektion Halle.

Zur Deckung eines Teiles der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. erhoben. Vorverkauf findet in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hothan, Gr. Ulrichstraße statt

Apollo-Theater Anf. 7½ Uhr. Nur noch 4 Aufführung! Der brill. Operettenschlager: **„Frl. Puck"** Dienstag den 16. März: Premiere: Die kleine Hoheit.

Gasthof Roter Löwe Weissenfels. Zwangloses, freundl. Familienlokal aller Kreise. Spezialausschank der Ersten Kulmbach. Akt.-Exportbier-Brauerei. Entgegenk. F. Oettler-Bier. Der Zeit entsprechende Speisen.

Dauerhafte Portemonnaies in prima Leder u. jeder Ausführung **H. Krasemann** nur Schmeerstr. 19.

Dampfwaschanstalt Halle Nur Mariensstrasse 2 Spezialität: Mat- u. Buntwäsche nach bewährt. Verfahren. 2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt. Fernsprecher 5692. Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden u. Leibwäsche noch in den **waschen?**

Schlafzimmer und Küchen in allen Farben u. großer Auswahl, **Wohn-, Speise- und Herrenzimmer** auch einzelne Möbel, Schränke u. Vertikos empfiehlt **H. Bergmann,** Inh. A. Ebeling, Möbelfabrik u. Magazin Halle a. S., Fleischerstr. 30/31.

Transportarbeiter-Anzüge vorrätig **Herm. Bauchwitz,** Markt 4.

Quarkverkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 19. Margarinemarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 1.— Mk. abgegeben.

Petzold, 17801—18925

Die Abholung hat bis zum 13. 3. mittags 12 Uhr zu erfolgen.

Weißenfels, den 11. März 1920.

Der Magistrat.

Zwiebackverteilung im Stadtkreise.

In nachstehenden Verkaufsstellen werden auf Marke 338 der Lebensmittelkarte Nr. 25501 bis Schluß: je 125 gr Zwieback zum Preise von 65 Pfg. oder je 125 gr Bruchzwieback zum Preise von 50 Pfg. abgegeben.

Ein Anspruch auf Lieferung einer bestimmten Sorte besteht nicht.

Die folgende Nummerneinteilung ist zur Abwicklung eines geordneten Verkaufs unbedingt einzuhalten:

Stammkarten-Nr. 25301—27000 Deitmar, Lagerverwerbestr.
„ 27001—28500 Lver Schillerstr.,
„ 28501—34500 Konsumverein, Schillerstr.,
„ 34501 bis Schluß, Leopold Markt.

Markenablieferung am Dienstag, den 23. März, 1920 an die Warenabteilung des städtischen Lebensmittelamtes, Leopold Kellerstraße 14.

Zwieback-Bestellungen werden nach § 17 der Verordnung vom 23. 9./4. 11. 15. betreff.

Weißenfels, den 12. März, 1920.

Der Magistrat.

Wahlausschreiben

für die Wahl des Betriebsrates, Arbeiterrats und Angestelltenrats für die städtischen Hilfsarbeiter und Arbeiter der Stadt Weißenfels.

Gemäß § 1 des Betriebsrätegesetzes vom 9. Februar d. Js. sind von den mindestens 18 Jahre alten, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten des Betriebes zu nehmen 5 Betriebsratsmitglieder zu wählen hiervon entfallen auf die Arbeiter 6 Mitglieder, auf die Angestellten 2 Mitglieder.

Zwecks Bildung des Arbeiterrats treten zu den Arbeitermitgliedern des Betriebsrats 2 Ergänzungsmitglieder, zwecks Bildung des Angestelltenrats treten zu den Angestelltenmitgliedern des Betriebsrats 2 Ergänzungsmitglieder hinzu.

Wählbar sind unter den Voraussetzungen der §§ 20, 21 des Betriebsrätegesetzes alle mindestens 24 Jahre alten reichsdeutschen Wahlberechtigten. Gemäß § 3 Abs. 1 der Wahlordnung werden die Wahlvorschläge aufgestellt, bis zum 15. 3. Wahlvorschlagslisten für jede der beiden Gruppen von Betriebsratsmitgliedern (Arbeiter und Angestellte) bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Wahlvorstandes, Herrn Max Horack, Weißenfels, Naumburgerstraße 22, einzureichen. Vorschlagslisten, die später eingehen oder die nicht von mindestens 3 Wahlberechtigten unterzeichnet sind, sind ungültig.

Jede Vorschlagsliste soll mindestens doppelt soviel wählbare Bewerber benennen, wie Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Familiennamen und Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen.

Die zugelassenen Vorschlagslisten werden von 2. 4. bis 5. 4. täglich von 9 bis 1 Uhr im „Volkshaus" zur Einsicht der Wähler ausliegen.

Die Wählerliste liegt vom 20. 3. bis zum 1. 4. täglich von 9 bis 1 Uhr im „Volkshaus", hier, Merseburgerstr. 14, zur Einsicht aus. Einsprüche gegen die Wählerliste sind zur Vermeidung, der von seinem Wahlrecht Gebrauch machen will, hat seinen Stimmzettel an einem der oben bezeichneten Tage während der Zeit von 9 bis 1 Uhr in einem Wahlumschlag abzugeben, den er an den Auslegungsstellen der Vorschlagslisten während der Zeit ihrer Auslegung erhält.

Ein Abdruck der Wahlordnung liegt bis zum Schlusse der Stimmabgabe täglich von 9 bis 1 Uhr im „Volkshaus" zur Einsicht aus.

Weißenfels, den 11. März 1920.

Der Wahlvorstand. Max Horack.

Weißenfels

Fleischabgabe.

Die Fleischmenge in der Woche vom 8.—14. März beträgt:

100 Gramm Rindfleisch mit Knochen oder
80 „ „ ohne „ „ Gehacktes
zu —,75 Mark.

Es haben nur Fleischkarten für die Woche vom 8. bis 14. März Gültigkeit.

Weißenfels, den 11. März 1920.

Der Magistrat.

Speiseölverkauf.

Von Sonnabend früh ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 3. Buttermarke Verkauf von Speiseöl statt:

		Nr.	
Kuhne, Rikestr.		1—	1725
Konsumverein, K. Deichstr.	„	1726 —	3450
„ Leipzigerstr.	„	3451—	6100
Dreyhaupt, Markt	„	6101—	7825
Kurze, Gr. Burgstr.	„	7826 —	9600
Hahn, Burgstr.	„	9601—11325	
Schlegel, Schützenstr.	„	11326—13075	
Grosche, Georgenbergstr.	„	13076—14800	
Hollstein, Leipzigerstr.	„	14801—17100	
Zickmantel, Jüdenstr.	„	17101—18800	
Hadlich, Markt	„	18801—21350	
Wiegand, Saalstr.	„	21351—23550	
Schäfer, Naumburgerstr.	„	23551—25350	
Jenker, Beudistr.	„	25351—27125	
Hooke, Taaeme-Benerstr.	„	27126—29250	
Konsum, Schillerstraße	„	29251—31100	
Braune Feldstr.	„	31901—33625	
Konsum, Saalstr.	„	33626—Schluß.	

Auf jede Marke werden 100 Gramm zum Preise von 2.50 M. abgegeben.

Die Abholung hat bis zum 23. 3. 1920 zu erfolgen.

Weißenfels, den 12. März 1920.

Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200312-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

10. und 11. Distrikt der S. P. D. Morgen Sonnabend, abend 8 Uhr, in „Stadt Erfurt", Südstraße, Versammlung. Tagesordnung: „Das Betriebsrätegesetz." Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Verein Arbeiterjugend. Heute, den 12. d. Mts., findet ein Vortrag über Spiritismus und Hellseherei im Jugendheim, Kl. Berlin 1, statt. Wir bitten um recht zahlreiche Teilnahme und ersuchen pünktlich 7 Uhr anwesend zu sein. Der Vorstand.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 12. März 1920.

Gewerkschaftliche oder revolutionäre Betriebsräte.

Die Wahlparolen der Unabhängigen.

Die Pendeltaktik der Unabhängigen erntet bereits die ausgestreute Drachensaat. Die augenblicklich aktuelle Frage der Betriebsratswahlen hat das Zusammenarbeiten der einzelnen Uzihäuptlinge zueinander noch mehr als es bisher schon der Fall war beeinträchtigt. Der mit Hilfe knifflichster Destillierkunststücke zusammenkompromißelte U. S. P.-Bau zeigt auch jetzt wieder anläßlich der herausgegebenen Wahlparolen zu den Betriebsratswahlen die mit keiner noch so unerschöpflichen Preßrabulistik wegzuwischenden Symptome seines fortwährenden Auseinanderfalls. Die beiden Flügel dieses Parteigebäudes stehen sich eben völlig wesensfremd als linke und als rechte Seite gegenüber, und sollte die Zeit noch mehr derartige Risse in das nur mühsam zusammengefügte Mittelstück hineinwettern, dann kann man wohl auch dem harmlosesten politischen Laien kein Trugbild mehr von der Einheit der Unabhängigen Partei vortäuschen. Schon allein die Parole des unabhängigen Parteivorstandes, wonach sich die Mitglieder der U. S. P. an den Wahlen zu dem „Schandgesetz" beteiligen sollen, hat in den Kreisen dieser Partei ein wirres und begreifliches Durcheinander geschaffen. Denn diese Parole traf wie ein Blitz aus heiterem Himmel große, gegen dieses Betriebsrätegesetz bis dahin völlig abgestumpfte Arbeitermassen. Diese standen, wegen der von den unabhängigen Parteioffiziösen bei den Gesetzentwurfsberatungen so trefflich gehandhabten Verdächtigungspolitik, der Einbringung des Gesetzes völlig teilnahmslos gegenüber. Jetzt kämpfen diese beiden Seelen im Organismus der U. S. P. und die einzelnen Parteikörnlein treiben immer weiter auseinander.

Wegen der Frage der Herausgabe einer zu befolgenden Wahlparole haben sich bereits zwei scharf getrennte Gruppen aus dem Parteigauzen gebildet. Das Sprachrohr der einen Gruppe bildet das Hallische „Volksblatt", während die Berliner „Freiheit" sich zur Sprecherin der anderen gemacht hat. Das „Volksblatt" läßt durch seinen bevorzugten Sprecher Maltzahn verkünden, daß es wohl dem Zwange gehorchend für die Wahlbeteiligung überhaupt eintritt, sich aber bei Leibe nicht für die Einheitsparole einer freigewerkschaftlichen Liste erwärmen kann, weil — ja weil eben damit die „revolutionäre" Kampfkraft „verwässert" würde.

Einige Perlen des Herrn Maltzahn sollen dies noch näher charakterisieren. So schreibt er u. a.:

> Das Betriebsrätegesetz soll ein Bollwerk sein gegen den Sozialismus, gegen die soziale Revolution. Der Hauptzweck des Gesetzes ist, die kapitalistische Wirtschaftsordnung neu aufzurichten und zu befestigen, damit sich wiederum die Ausbeutung des werktätigen Volkes ungestört vollziehen kann. **Durch das Betriebsrätegesetz sollen die Arbeiter und Angestellten in den kapitalistischen Produktionsprozeß eingekapselt werden.**

Diese Ausführungen, die dem völlig dazu passenden Rahmen entnommen wurden, sind noch vollkommen im Tone der früheren Phrasentaktik der U. S. P.-Zentrale über die Betriebsräte gehalten. Jeder logisch folgernde Mensch muß annehmen, daß der Artikelschreiber in seinen weiteren Kundgebungen vor diesen Wahlen, diesem „Bollwerk gegen den Sozialismus" warnen wird. Jedoch weit gefehlt, es machen sich auch bei diesem Autor die Wirkungen jenes Blitzes bemerkbar. Er verfällt wie alle anderen Unabhängigen dem allgemeinen „Dreh" und gibt — eine Wahlparole aus. Wie er sich nun diese Wahlparole denkt, erhellt sich aus nachfolgenden, besonders hervorgehobenen Sätzen:

> Klarheit ist dringend nötig über die Wahlparole und der daraus folgenden Listenaufstellung. In Gewerkschaftskreisen schlug man vor, Listen der freien Gewerkschaften mit der Parole: „Gegen die Arbeitsgemeinschaften, für das Rätesystem, für die Sozialisierung!" aufzustellen. **In den Kreisen unserer Partei (!) dagegen ist man der Meinung, daß sich die Kluft zwischen den verschiedenen politischen Auffassungen bei den Betriebsräte-wahlen gar nicht überbrücken oder ausschalten läßt. Und darum sei es besser, gleich von vornherein Listen aufzustellen mit der Parole: „Für das revolutionäre Rätesystem!"** Es ist unmöglich die Wahl der Betriebsräte im Rahmen einer freigewerkschaftlichen Liste vornehmen zu lassen.

Dieser Streiter des „reinen revolutionären" Gedankens vertritt seinen Standpunkt der „Zentrale" gegenüber sehr energisch und er kitzelt seinen, vor diesen Formeln grauenden Freunden ganz gehörig an die Achillesferse seiner Partei, an das mit Schmerzen geborene U. S. P.-Kind, das Leipziger „Aktionsprogramm". Auf dasselbe hinweisend schreibt er zum Schluß gewissermaßen als Ueberbau zu seinen gesamten Ausführungen:

> **Die U. S. P. D. muß in diesem Wahlkampf ihre Tätigkeit auf der Grundlage des Aktionsprogramms ausüben.**

So schallt es also im unabhängigen Parteigetriebe von der einen Gruppe („Volksblatt") hinüber zur anderen, in der die „Freiheit" dominierend sitzt und die erschiltlichsten Anstrengungen macht, mit ihrem gegenteiligen Standpunkt durchzudringen. Sie führt in ihren Erwiderungen eine derartig klare Sprache, daß sich die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf Grund derselben endlich wieder auf sich selbst besinnen müßte. Wir entnehmen der „Freiheit" Nr. 73 folgende, unter dem Titel: „Verfängliche Gefühlspolitik" (!) gedruckten Zeilen:

> **Die deutsche Arbeiterklasse steht in schwerem Abwehrkampfe gegen das täglich frecher und anmaßender auftretende Kapital. In dieser Situation braucht das Proletariat die Einheit seiner Gewerkschaftsorganisationen so nötig wie das tägliche Brot. Dieser Gesichtspunkt muß für die Arbeiterschaft bei allen Handlungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig maßgebend sein, alle anderen Erwägungen und Wünsche müssen einstweilen dahinter zurücktreten. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben sich alle unsere Genossen, die sich innerhalb der Gewerkschaften in verantwortlichen Stellungen befinden, entschlossen, die Betriebsrätewahlen mit freigewerkschaftlichen Listen zu führen. Dann kam die Einsicht, daß es jede Arbeit in den Gewerkschaften, welcher Art sie immer sei, unmöglich macht, wenn andere Glieder der Arbeiterbewegung von außen her die Entschließungen der Gewerkschaften entscheidend beeinflussen wollen.**

Und nun hält es Genosse . . . für zweckmäßig, mitten im Wahlkampf diesen Entschluß unserer Gewerkschaftsgenossen aufs heftigste zu bekämpfen. **Er zeigt auch nicht nur, daß ihm jedes Verständnis für die gegenwärtige schwierige Situation der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und unserer darin tätigen Genossen im besonderen völlig abgeht, sondern auch, daß ihm die Voraussetzungen für die primitivsten Forderungen der Disziplin fehlen.**

Wir haben diesen Ausführungen keinen Kommentar hinzuzufügen und wollen es damit genug sein lassen. Jedenfalls ist aber bereits aus diesen kleinen Proben einzelner Pressestimmen der beiden auseinandertreibenden Richtungen zu erkennen, welches Tohuwabohu schon allein wegen der Betriebsratsfrage in der U. S. P. herrscht. Es sind dies sehr grelle Schlaglichter und sie zeigen der Arbeiterschaft blitzartig ein sich widerstrebendes und gegenseitig hemmendes Parteigetriebe, das als Waffe zur Durchführung des proletarischen Befreiungskampfes auch nicht im entferntesten gebraucht werden kann.

An alle Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Bekanntlich wird in nächster Zeit durch Abstimmung entschieden werden, ob größere Teile Ost- und Westpreußens sowie Oberschlesiens weiterhin zum Deutschen Reiche gehören sollen. Die Abstimmung über Ost- und Westpreußen kann uns leicht überraschen, da kein Termin im Friedensvertrage festgelegt ist. Ueber die Bedeutung dieser umstrittenen Gebiete für das deutsche Volk dürfte wohl bei aufgeklärten Arbeitern kein Zweifel bestehen. Um nun die etwa 400 000 Abstimmungsberechtigten, die im ganzen Reiche verstreut sind, rechtzeitig zu erfassen, müssen alle Verbände und Vereine eifrig mitarbeiten.

Wo größere Massen Abstimmungsberechtigter in Frage kommen, schlecken sich alle örtlichen Vereine zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die ihre Weisungen und das notwendige Material von der Zweigstelle des Deutschen Schutzbundes erhält.

Um jeden Stimmberechtigten zu erfassen und ein einheitliches Arbeiten zu ermöglichen, ist es notwendig, daß sich auch die Gewerkschaftskartelle, Ortsausschüsse und Ortsverbände dieser Arbeitsgemeinschaften anschließen, sobald eine Aufforderung an sie ergeht.

Auch die Unabhängigen lassen frühere „Grundsätze" fallen und stimmen für Unterhaltungskosten der Polizei.

Der Haushaltausschuß der Stadtverordnetenversammlung hielt am Donnerstag eine wichtige Sitzung ab. Auf der Tagesordnung standen nicht weniger wie 25 Punkte. Es lag u. a. vor ein Gesuch der Bürohilfsarbeiter, ihnen einen Zuschlag zur letzten Lohnzulage zu gewähren. Zur Beratung wird auf die den Beamten und Angestellten gewährte Erhöhung der Teuerungszulagen verwiesen. Der Magistrat hat das Gesuch bereits abgelehnt, weil sich die Lohnverhältnisse der Bürohilfsarbeiter auf ganz anderer Grundlage aufbauen, nämlich auf einem Tarifvertrag. Die geforderte Zulage (150 Proz. Zuschlag zur letzten Teuerungszulage) würde allein für die drei Monate Januar bis März eine Mehrausgabe von ¾ Mill. M. ergeben. Die Eingabe wird dem Magistrat als Material überwiesen. — Die Straßenreinigung erfordert in diesem Jahre Aufwendungen von 347 000 M. Das sind 187 000 M. mehr als im Voranschlag stehen. Manche Ausgabeposten sind um 200 Proz. höher, als im Voranschlag vorgesehen. Z. B. sind für die Schneeabfuhr 26 000 M. mehr aufzuwenden worden. Von bürgerlicher Seite wird angeregt, daß die städtische Straßenreinigung eingestellt werde und jeder wieder „vor seiner Tür kehrt". Dem wird von anderer Seite widersprochen, da jeder den Schmutz dann vor die Tür des Nächsten kehrt. Die Nachforderung wird bewilligt, aber beschlossen im neuen Etatsjahr mancherlei Sparsamkeit eintreten zu lassen. — Ein Gesuch um Neuregelung der Besoldung nebenamtlicher Lehrkräfte wird zustimmend dem Magistrat überwiesen. Seither wurde für jede Unterrichtsstunde bis 3.50 M. bezahlt. Es wird für jede Stunde eine feste Entschädigung auf das Jahr berechnet verlangt, natürlich mit einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Teuerungszulage. Der Haushaltausschuß schlägt vor, diese Zulage vom 1. Februar an eintreten zu lassen.

Einige Nachforderungen betreffen die Unterhaltung der Polizei. Für Ausrüstungen werden 26 720 M., für erhöhte Aufwendungen, für Reinigung der Diensträume, für Lohn für Heizer usw. werden 24 350 M. mehr verlangt. Den Vorlagen wird zugestimmt — auch von den Unabhängigen!! Ob sie ihren „Grundsatz", der Polizei keinen Mann und keinen Groschen, schon aufgegeben haben? — Für Mehrausgaben an Tuchbinderarbeiten werden 13 000 M. bewilligt, desgleichen für Mehrausgaben an dem Hause Kl. Brunnenstr. 2/3 rund 1800 M. Gleiche Nachbewilligungen werden noch vorgenommen für die Badeanlage der Desinfektionsanstalt mit rund 1000 M. und die Fäkiluftanlage derselben Anstalt mit 2474 M. Die baulichen Veränderungen am städtischen Gebäude Klosterstraße 7/8 kosten 1737 M. mehr.

Die Stadt hat nicht mehr das Recht, Zuschläge zur Gemeindeeinkommensteuer wie bisher zu erheben. Das neue Reichseinkommensteuergesetz ist aber noch nicht endgültig fertig, insbesondere steht noch nicht fest, welchen Anteil die Gemeinden erhalten. Es ist daher auch noch nicht angängig, den Haushaltplan auf das Jahr 1920/21 aufzustellen. Es wird daher der Magistrat beauftragt, die städtische Verwaltung weiterzuführen unter Zugrundelegung und Einhaltung des Haushaltplans für 1919. — Die Kiesarbeitsbesitzer in der Stadt Halle haben sich zusammengetan und fordern, da sie keine Konkurrenz mehr haben, Preise von bisher nicht gekannter Höhe. Die Kosten für den Kubikmeter Sand sind z. B. gestiegen von 65 Pfg. vor dem Kriege auf 7 Mark. Es wird beschlossen, eine eigene städtische Kiesgrube zu errichten auf Seebener Gelände an der Brachwitzer Straße. Es werden zu dem Zwecke 85 000 M. bewilligt. Die Verwirklichung einer Anregung, die Straßenbahn bis in diese Grube zu legen, wird auf später vertagt.

Nach Genehmigung einer Reihe anderer Nachforderungen wird eine Magistratsvorlage betreffs des Beitritts der Stadt zum Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinden und Kommunalverbände will. Sein Zweck ist in der Hauptsache die Regelung der Arbeitsbedingungen mit den städtischen Arbeitern durch Tarifvertrag. Der Verband will zu dem Zwecke Richtlinien ausarbeiten. Die städtischen Arbeiter nehmen, so heißt es zur Begründung, eine andere Stellung ein als die Industriearbeiter. Bei der Regelung der Arbeitsbedingungen mit ihnen dürfe nicht das Prinzip der Entlohnung, sondern der Versorgung maßgebend sein. Die Unabhängigen wenden sich gegen den Beitritt zu dem Verband weil es eine Unternehmerorganisation ist und die Bestrebungen von Arbeitern verfolgt. Der Beitritt wird beschlossen. Zuletzt wurde noch eine Erhöhung der Bäderpreise im Stadtbad beschlossen. Das Einzelbad soll z. B. in Zukunft 2 M. kosten. Desgleichen werden auch die Desinfektionsgebühren erhöht.

Der Markkurs steigt!

	100 Schweizerfranken	100 holländ. Gulden
Es kosteten am 28. 2. 1920	1610 M.	3725 M.
„ „ „ 8. 3. 1920	1528 „	3336 „
„ „ „ 9. 3. 1920	1448½ „	3147 „
„ „ „ 10. 3. 920	1273¾ „	2697 „
„ „ „ 11. 3. 1920	1218 „	2472 „

Aus der vorstehenden Tabelle ersehen wir, daß man holländische Devisen (Wechsel) um 1253 M. für je 100 Gulden billiger kaufen konnte als am Schluß des letzten Monats. Mit diesem Steigen des Markkurses ist der Börsentaumel, dessen Spekulationen sich auf einem sinkenden Kurestand erhoben, verschwunden, die Börse ist flau, und die Spekulanten der entgegengesetzten Richtung, die ihre Spekulationen auf den steigenden Markkurs einrichten, kommen ans Ruder. Daß mit dieser Umstellung riesige Verluste bei den bisherigen Spekulanten entstehen, ist klar. Aber auch der Warenhandel wird teilweise durch die eingetretene Verbilligung der Einfuhrwaren Verluste aus den bereits eingegangenen Abnahmeverpflichtungen erleiden.

Die Besserung des Markkurses ist auf den Eingang von Devisen zurückzuführen, die auf Grund von Verträgen über Kaliefferungen nach Amerika uns zur Verfügung gestellt worden sind. Wie lange die eingetretene Besserung anhalten wird, läßt sich noch gar nicht übersehen. Daher dürfen weitergehende optimistische Betrachtungen an diesen Vorgang noch nicht geknüpft werden.

Den Einkäufern von Lebensmitteln und Rohstoffen kommt der besser Markkurs natürlich sehr zugute. Hoffentlich wird auch die Verösterung von dieser Verbilligung irgend etwas merken. Die Exporteure dagegen fangen ob des Steigens der Mark an zu klagen, da die Valutagewinne sich naturgemäß verkleinern.

Gute Ankunft der Schweizerkinder. Der am 10. März mit über 800 Kindern nach der Schweiz abgefahrene Kindertransport ist wohlbehalten in Basel eingetroffen.

Marke Libelle

kennzeichnet den leichten, haltbaren

Damenstiefel.

Von heute ab in modernsten Formen und Ausführungen **preiswert** erhältlich bei

Poewendahls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200312-18/fragment/page=0005

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 15. März, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Wahl des fürstlichen Beirats für die Baupolizei.
2. Einrichtung einer Kiesgrube.
3. Elektrische Beleuchtung für das Polizeirevier 10
4. Dessal für die Schillerschule.
5. Erhöhung der Radverpreise im Stadtbad.
6. Erhöhung der Desinfektionsgebühren.
7. Beitritt zum Arbeitgeberverband der Gemeinde- und Kommunalverbände.
8. Aenderung der Bewerbesteuerordnung.
9. Ermächtigung zur Leistung notwendiger Ausgaben im neuen Rechnungsjahr.
10. Aenderung der Dampfkesselanlage in Mittelind.
11. Nachbewilligung für Kap VII A. Ib 374 des Hauptetats.
12. Dessal für Kap VII B. des Hauptetats.
13. Dessal für Kap XXIII. A II 2
14. Dessal. Kl Brunnenstraße 2/3
15. Dessal. für die Desinfektionsanstalt (Badeanstalt).
16. Dessal. für die Desinfektionsanstalt (Heißluftanlage).
17. Dessal. für Klosterstraße 7/8.
18. Dessal. für Leipziger Straße 84
19. Dessal. für Moritzkirchhof 4
20. Dessal. für den Nordkirchhof.
21. Dessal. für Schulhöfe 11.
22. Dessal. für die Straßenreinigung.
23. Gesuch der Büroholfsarbeiter um Lohnzuschlag.
24. Gesuch um Erhöhung der Amtszulage.
25. Gesuch um Besoldungsordnung nebenamtlicher Lehrkräfte.
26. Gesuch um Beibehaltung der Rattenkellerwirtschaft.
27. Antrag betr. Jahrmärkte
28. Gesuch um Veränderung der Viehmärkte
29. Gesuch um Gehaltsnachzahlung.
30. Dessal.
31. Darlehnsgesuch.
32. Gesuch um Entschädigung für entzogenes Pachtland.
33. Antrag auf Unterrichtskurse für Betriebsratsmitglieder.
34. Anfrage über Verwendung beschlagnahmter Massen.
35. Entlastung der Kämmerei über das Säuglingsheim der Bethe-Lehmann-Stiftung.
36. Entlastung der Rechnung des Hospitals für 1915.
37. Dessal. der Kleiderfabrik
38. Dessal. der Handwerkerschule.
39. Dessal der Kämmerei Kap. I—VI.
40. Dessal. des Hospitals für 1916
41. Dessal. der Sparkasse
42. Dessal der Kämmerei Kap. VII—XVII (außerordentlich).

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
J. V.: **Busse.**

Metalldiebstähle.

Die Kriminalpolizei schreibt uns: In letzter Zeit mehren sich in früher ungeahntem Umfange die Diebstähle von Altmetallen, an denen sich sogar Kinder in größerer Zahl beteiligen.

Die Ursache hierfür liegt zunächst bei verschiedenen Händlern, die fast täglich in den Tageszeitungen auffallende Kaufgesuche erscheinen lassen und vielfach gewissenlos jedes Metall zulassen, ohne sich über die Person des Verkäufers und die Rechtmäßigkeit des Erwerbs der ihnen angebotenen Metalle genügend zu vergewissern.

Wenn auch die hohen Preise, in denen sich die Aufkäufer in ihren Anzeigen gegenseitig überbieten, nur in den seltensten Fällen tatsächlich gezahlt werden, so liegt doch in ihrer Veröffentlichung ein gefährlicher Anreiz, durch den viele Personen zu Diebstählen verleitet werden. Der den Handelsgärtnern und industriellen Werken, die besonders stark unter den zunehmenden Metalldiebstählen zu leiden haben, hierdurch entstehende Verlust droht mehr und mehr zu einer schweren wirtschaftlichen Gefahr für diese zu werden.

Unlängst hat die Oberpostdirektion sich an die Polizei mit dem dringenden Ersuchen um Hilfe gewandt, weil die Diebstähle am Telegraphendraht überhand genommen haben. Es muß deshalb dem Absatz erwerbender Metalle mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die Polizeibeamten sind angewiesen worden auf Metalldiebstähle ganz besonders zu achten und alle Personen, die unter verdächtig erscheinenden Umständen mit Altmetallen betreffen werden, festzunehmen.

Seitens der Kriminalpolizei werden die Rohprodukten-händler und Aufkäufer unter schärfste Kontrolle genommen. Es wird in allen Fällen, in denen nicht der Nachweis ordnungsmäßigen Erwerbs einwandfrei geführt werden kann, Anzeige wegen Hehlerei erstattet werden.

Festnahme eines Schwerverbrechers. Ein aus dem Zuchthaus entwichener Verbrecher, Richard Stummer, auf dessen Konto zahlreiche hier in der letzten Zeit begangene Straftaten kommen, wurde gestern abend von einem Kriminalbeamten betroffen. Beim Versuch, ihn festzunehmen, leistete er Widerstand. Der Beamte gab einen Schuß ab, der den Verbrecher in den Oberarm traf und ihn leicht verwundete. Da auf flüchtete Stummer und gelangte auf Dächer der Brunnowarte. Weitere inzwischen hinzugezogene uniformierte und Kriminalbeamte nahmen die Verfolgung auf und es gelang ihnen seine Festnahme.

Postpakete nach Finnland können bei Leitung über Saßnitz und Schweden von jetzt ab mit Wertangabe versehen werden und zwar bis zum Meistbetrage von 96 000 M

*** Neues Hendrichs Konservatorium für Musik und Theater.** Es wird darauf hingewiesen daß im Konservatorium neben den Berufsausbildungsklassen in allen Fächern der Musik und des Theaters und für den Lehrberuf, auch in der Grundschule Klassen und Einzelunterricht für Kinder vom 7 Lebensjahr ab für Klavier, Violine Cello und auch für erwachsene Anfänger im Gesang eingerichtet sind. Siehe Anzeige

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Vierte Vollsitzung des Provinziallandtages.

Nach einigen Bekanntmachungen eröffnet der Vorsitzende Cludius die vierte Vollsitzung. Ueber den Punkt 1 der Tagesordnung: Erste Beratung der Provinzialausschußvorlage betr. Neuregelung des Dienseinkommens der Provinzialbeamten berichtet der Landeshauptmann und empfiehlt die Vorlage an eine zu wählende Kommission von 13 Abgeordneten zu überweisen. Zur Vorlage bekommt das Wort der Abg. Koertin (Dem.), der die Beamten gegen die Vorwürfe der Korruption in Schutz nimmt und dann kurz die Verhältnisse der Provinzialbeamten klarlegt. Er verlangt auch die Rechte der Beamten nicht zu beschneiden, die früheren Zustände, die in manchen Fällen unwürdig waren, dürfen keinen Platz mehr haben. Des weiteren sei es no wendig, den Beamtenausschuß nicht als Karikatur, sondern als mit Rechten ausgestattete Körperschaft, bestehen zu lassen. Redner plaidiert für Zulage des Staates zum Wohnungsbau für die Beamten. Abg. Kaparet (U. S. P.) verteidigt sich gegen die Vorwürfe der Vorredners, es habe ihm ferngelegen, die Beamten zu diskreditieren. Seine Partei werde für die Beamten eintreten. Abg. Beims (Soz.) erklärt, daß eine Erhöhung der Einkommen unerläßlich sei. Unsere Partei wisse, seit gerade die unteren und mittleren Beamten unter den Verhältnissen am schwersten gelitten haben. Es sei aber unsere Pflicht, die Existenzmöglichkeit für diese Beamtengruppen zu schaffen, das könne aber nur durch die Nationalversammlung geschehen. Ein Reichsbeamtengesetz nur allein kann hier helfen und das Wort: Freie Bahn dem wirklich Tüchtigen, dürfte nicht nur Schlagwort bleiben. Wir werden alles tun um die Not der Beamten auf alle Art zu beseitigen. Abg. Rive (Dn) glaubt behaupten zu können, daß die Provinzialbeamten eher besser als schlechter wie die Staatsbeamten bezahlt worden sind. Er polemisiert gegen den Vorredner der U. S. P. In der nun folgenden zweiten Beratung dieser Vorlage entspinnt sich eine Debatte über einen Antrag Rive, der einen Beschluß für die Sicherung der 150 Proz. Teuerungszulage der Beamten herbeiführt wissen will. Abg. Beims (Soz.) ersucht, diesen Antrag abzulehnen, da er absolut keinen Vorteil darstellt. Abg. Alfreck (Soz.) bringt weitere Bedenken gegen den Antrag Rive vor und schlägt vor, diesen Antrag höchstens als Material zu verwenden. Auf Antrag Böer (Dem.) wird dementsprechend beschlossen und der Antrag dem Provinzialausschuß überwiesen. Hierauf wird ein Antrag Wittmaack (Soz.) angenommen, der besagt, daß die Beamten die Vertreter ihrer Organisationen an Beratungen senden können. Die Kommission wird daraufhin gebildet. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Abänderung der Besoldungsgrundsätze und des Besoldungsplanes vom 31. 3. 09. Eine Beratung wird nicht gewünscht und geht die Vorlage an den Ausschuß. Punkt 3 betrifft Aenderung des Reisereglements; die Vorlage wird ebenfalls ohne Debatte an den Haushaltungsausschuß überwiesen. Abg. Bergmann (Soz.) stellt und begründet einen Antrag auf Erhöhung der Tagesgelder der Abgeordneten um 233 Prozent und Entschädigung bei Arbeitsversäumnisausfall der Abgeordneten. Beide Anträge werden dem Haushaltungsausschuß überwiesen. Punkt 4: Aufnahme von Darlehen zur Beschleunigung der infolge der Beteiligung an den Kriegsanleihezeichnungen zu machten Ausgaben. Die Vorlage wird in erster und zweiter Beratung gegen die Stimmen der U. S. P. angenommen. Punkt 5: Ankauf des Grundstücks Obergeltenburg 6 in Merseburg, daß schon jetzt in Benutzung der Provinzialbehörden für Büroräume ist. Der Preis von 65 000 M wird einstimmig bewilligt. Beim nächsten Punkt 6: Antrag auf Ausscheiden der Stadt Wittenberg aus dem Kreisverband wird eine Kommission zur Beratung eingesetzt. Punkt 7: Gültigkeit der Wahlhandlungen zum Provinziallandtag. Die Berichterstatter erklären dickellen, bis auf einen Fall, für richtig, was auch durch das Plenum geschieht. In Punkt 8 werden eine große Anzahl von Bittschriften erledigt, indem sie an die Ausschüsse überwiesen werden. Punkt 9: Bericht des Haushaltsausschusses über Provinzialausführungsgesetze und Sonderhaushaltsplänen für 1920 Nr. 1—14. Berichterstatter Kaparet beantragt eine Anzahl Anträge und teilt mit, daß sie vom Ausschuß angenommen worden sind. Er behandelt die Summen die früher an die Anstaltsangestellten als Dienstprämien gezahlt wurden und betont, der Ausschuß stehe auf dem Standpunkt, von Geldzahlung gegen Arbeitsleistungen gewähren zu wollen. Sodann geht Redner auf die einzelnen Etats ein. In der Debatte kommen die Redner Böer (Dem.) und Peters (Unabh.) zum Wort. Landesrat Stonieh erklärt, die Stellung eines Baukommissars in den Heilanstalten sei unbedingt notwendig, ebenso könne die Bezahlung der Geistlichen nicht wegfallen. Abg. Beims (Soz.) führt aus, daß so in Zukunft nicht weiter verfahren werden darf, indem man in den Ausschüssen einfach beschließt und dann noch im Plenum noch stundenlang spricht. Hierauf erfolgen die Abstimmungen über alle Anträge. Sodann vertagt sich das Haus auf Freitag nachm. 2 Uhr. Schluß 7½ Uhr.

Die Bureaukratentreppen führen's abwärts.

Ein Beamter schreibt uns:

Eine treffende Illustration zu dem Artikelchen „Der Hort der Reaktion" von Frana Krüger M. d. R., in Nr. 58 der „Volksstimme" dürfen sodann die Beamten der Justizverwaltung eingegangenen Vorschriften, deren politische Bedeutung weit über den engeren Verwaltungszweck hinausgehen dürfte.

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919 sagt im Artikel 129 Absatz 3 Satz 3: „Dem Beamten ist die Einsicht in seine Personalnachweise zu gewähren."

Ein Beschluß der preuß. Staatsregierung bestimmt dazu, daß den Beamten Einsicht in ihre bei der Dienstbehörde geführten Personalakten nur soweit diese nach dem 1. Oktober 1919 angelegt sind, zu gewähren ist, dafür aber die bis dahin geführten Personalakten zu schließen sind.

In Ausführung dieses Beschlusses wiederum verfügt der preuß. Justizminister am 18. November 1919 u. a.: „Eine Benutzung der geschlossenen (also der den Beamten nicht zugänglichen) Akten wird regelmäßig (!) nicht mehr in Frage kommen. Da jedoch in ihnen beispielsweise Urkunden, z. B. zur Feststellung vermögensrechtlicher Ansprüche der Beamten oder ihrer Hinterbliebenen, noch von Bedeutung sein können und die Durchsicht sämtlicher Akten behufs Aussonderung solcher Schriftstücke eine unverhältnismäßige und zum großen Teile zwecklose Arbeit verursachen würde, sind die geschlossenen Akten zwar vorläufig aufzubewahren (!), aber gegen unzulässigen Gebrauch zu sichern (wie dies geschehen soll, wird nicht gesagt)."

Endlich bestimmen für den Bereich des Oberlandesgerichtsbezirks Naumburg (Provinz Sachsen) der Oberlandesgerichtspräsident und der Oberstaatsanwalt am 2. Januar 1920: „Die Personalakten eines Beamten sind zum Zwecke der Einsichtnahme durch ihn an eine auswärtige Justizbehörde nicht zu übersenden. Die Einsicht ist bei derjenigen Justizbehörde zu nehmen, von der die Personalakten geführt werden."

Das ist die sehr lehrreiche Wandlung, die der Erlaß und klare Verfassungsspruch „dem Beamten ist Einsicht in seine Personalnachweise zu gewähren" innerhalb eines halben Jahres auf dem „Dienstwege" abwärts durchgemacht hat. Es bedarf nur des Hinweises, daß die Hauptpersonalakten der Justizbeamten des ganzen Oberlandesgerichtsbezirks beim Oberlandesgericht selbst geführt werden, und die praktische Folge dieser Verfassungs-Metamorphose ist klar: Seine Personalakten aus der Zeit vor dem 1. 10. 19 sind und bleiben dem Beamten selbst verschlossen, während die vorgesetzte Behörde nach wie vor die Möglichkeit hat, sie einzusehen. Um aber die seit dem 1. 10. 19 über ihn offenen Akten einsehen zu können, darf der Beamte wenn er Glück hat, von seinem etwa im nördlichsten Zipfel der Altmark oder in der Niederlausitz gelegenen Dienstorte ins schöne Thüringen nach dem alten Bischofsitz Naumburg reisen und dafür das recht hübsche Eisenbahnfahrgeld hin und zurück aus aus eigener Tasche bezahlen — vorausgesetzt, daß ihm sein direkter Vorgesetzter genähig gesinnt ist und ihm eigens zu diesem Zwecke Urlaub erteilt. — Wieviel Beamte werden sich da wohl finden, die um diesen Preis die Wallfahrt nach Naumburg antreten?

Berichtigung! Um Mißverständnisse zu vermeiden, teilen wir auf Wunsch des Deutschen Braunkohlenindustrie-Vereins mit, daß der letztrige Teil des gestrigen Artikels „Stickmüttterliche Behandlung des Mitteldeutschen Reviers" von dem Satze ab: „Auch wir sind der Meinung usw." Ausführungen der Redaktion sind und nur fälschlicherweise nicht durch einen Absatz von dem übrigen Teil getrennt wurden.

Weiterhin Einheitliche Klassifizierung der Provinzialbauten. Nach einer Mitteilung der gewerkschaftlichen Vereinigung der Kreisbeamten der Provinz Sachsen sollen zum Zwecke der einheitlichen Klassifizierung der Kreisbeamten der Provinz Sachsen aus jedem Regierungsbezirke drei Landräte und drei Kreisbeamte zu einem Besoldungsausschuß in einer zen ral gelegenen Stadt zusammentreten und einheitliche Grundsätze aufstellen.

Delitzsch. Für die Arbeiter ist's lange gut. Von einem landwirtschaftlichen Arbeiter aus Reinsdorf bei Landsberg wird uns berichtet, daß es dem Hofaufseher Fritz Papst auf dem Rittergut eingefallen ist, für seinen Brüdern auf Kosten der „Leute" etwas herauszuschinden. Er hat den „Leuten", die Anspruch auf Getreide hatten, Gerste zu wenig gegeben und den ihnen zukommenden Weizen mit Wasser überschüttet. Den Arbeitern verdickte der Weizen und sie wurden inne, daß sie betrogen worden waren. Der Landarbeiterverband hat bereits Mitteilung erhalten und sein Vertreter wird es hoffentlich diesen Herrn „Produktionsbeschwerern" deutlich genug sagen, wie verbrecherisch ein derartiges Treiben schon an und für sich ist.

Eisenburg. Städtischer Warenverkauf für die 12. Kalenderwoche (14 bis 20. März 1920) Bezugsschein 307: ¼ Pfund Salzbohnen, 1 Pfd 1.20 Mk. gegen Vorausmeldung. Bezugsschein 308: 1/4 Pfd Gerstenflocken, 1 Pfd 0.75 Mk., gegen Vorausmeldung. Bezugsschein 309: ¼ Pfd. Erdnußöl, 1 Pfd. 10.60 Mk., gegen Vorausmeldung. Die Vorausmeldungen haben bis Sonnabend dieser Woche zu erfolgen. Ausgabe von Salzbohnen und Gerstenflocken am Dienstag nächster Woche. Ausgabe von Erdnußöl am Freitag nächster Woche.

Verantwortlich für Politik und Sonstiges i. V.: W. Lanske, für Aus dem Verbreitungsbezirk" und „Aus dem Stadtkreis. K. Gerbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Der für den 25. und 26. März d. J. vorgesehene Kram- und Viehmarkt ist durch Verfügung des Provinzialrats vom 3. März 1920 aufgehoben.

Halle, den 10. März 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Das Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen beabsichtigt, im Hinblick auf die veränderte Lage der Gummiversorgung und die Beschädigungen der Straßen durch den Verkehr eisenbereifter Kraftwagen die Aufhebung der Verordnung vom 22. Dezember 1915 unverzüglich in die Wege zu leiten.

Alle Genehmigungen zur Verwendung nicht elastischer Bereifungen werden auf Anordnung der Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und des Inneren mit dem 31. März 1920 zurückgenommen.

Halle, den 5. März 1920. **Die Polizeiverwaltung.**

Lebensmittel-Kalender.

Ersatzung mit Lebensmitteln! An der Woche vom 15. bis 21. März können auf die Marke 27 der braunen Kartoffelkarte 2 Pfund Kartoffeln gekauft bzw. von Haushaltungen, Krankenhäusern und sonstigen Anstalten und allen denjenigen, welche Wintervorrat besitzen, verbraucht werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelzuteilungsliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 25 Pfg. **Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt.** Die Obstverzeichnis **Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag abzuliefern. Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person eines Haushalts: ¼ Pfund Haferflocken, ¼ Pfund Auslandsmarmelade, ¼ Pfund Erbsen.**

100 Gramm Margarine. In der Woche vom 15. bis 21 März **werden auf den Abschnitt 14 der Zeitkarte für jede Person eines** Haushaltes 100 Gramm Margarine zum Preise von 1.35 M abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Ordnung mit Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 22 März abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Rohgoulasch in der Talamtschule am Sonnabend, den 13 März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelkarten mit den Nummern 9000 bis zurück 1 vormittags von 8 bis 1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine ½ Kilodose Fleisch oder Wurstkonserven, an Haushalte mit zwei Personen eine Einkilodose Rohgoulasch und an Haushalte mit drei Personen eine ½ Kilodose Fleisch oder Wurstkonserven und eine Einkilodose Rohgoulasch zum abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine 1/4 Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven beträgt 5 Mark und für eine Einkilodose Rohgoulasch 11 Mark. — Die Rohfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Sonnabend, den 13. März auf den Abschnitt 30 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Brockhaus, Ludwigstr. 26, Bäckerei Wielandstr. 30 und der Milchhändlerin Schwanke, Boelsener Str. 68. Auf jeden Abschnitt wird ¼ Pfund Quark zum Preise von 1.28 Mark abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Dienstag, den 16 März abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend, den 13. März. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22 501 bis 27 000 vormittags von 8 bis 1 Uhr. **Für jede Person eines** Haushaltes werden 50 Gramm zum Preise von 60 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Vorzugsmilch. Auf die Milchkarte der Klasse IV wird für die Woche vom 15 bis 21. März gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte 1 Pfund vorzugsmilch zum Preise von 5 Mark abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Vorzugsverkauf zugelassenen Milchhändlern. Für die in der Woche vom 8 bis 14. März gültigen, noch nicht belieferten Markenabschnitte kann noch in dieser Woche 1 Pfund vorzugsmilch bezogen werden. Gefäße sind mitzubringen. Die Milchkartenabschnitte sind zu Hunderten gebündelt in besonderem Umschlage bis spätestens Dienstag, den 23 März, dem Stadternährungsamt, Abteilung II, einzureichen. Kondensierte Milch in Büchsen darf vorläufig nicht mehr abgegeben werden.

Für Kinder vom 6. bis 12 Lebensjahre wird für die Woche vom 15. bis 21. März auf den Abschnitt 29 des neuen Einkaufsscheines für Molkereizeugnisse 1 Pfund vorzugsmilch zum Preise von 5 Mark abgegeben. Der Verkauf erfolgt bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Auf den in der Woche vom 8. bis 14 März gültigen, noch nicht belieferten Abschnitt 28 kann noch in dieser Woche 1 Pfund vorzugsmilch bezogen werden. Die Abschnitte des Einkaufsscheines für Molkereizeugnisse sind bis spätestens Dienstag, den 23. März dem Stadternährungsamt, Abteilung II, abzuliefern.

Lose und gepackte Suppen sowie Möhrenmehl. Es wird nochmals darauf hingewiesen daß lose und gepackte Suppen sowie Möhrenmehl in den Kleinhandelsgeschäften bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Dieselben Kleinhändler, die mit ihren Vorräten versorgt haben, können sich einen Bezugsschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2 Saal links, in den Vormittagsstunden von 8 bis 12 Uhr ausstellen lassen.

Süßstoff. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Juli 1916 und der Verfügung der Reichsaudcrstelle vom 28. Juli 1917 wird in Ergänzung der Bekanntmachungen vom 7 September und 10. Oktober 1919 für den Stadtbezirk folgendes angeordnet: Für jede Person eines Haushaltes können zwei Brietchen Süßstoff (sogen. Hadunal) zum Preise von 50 Pfg für das Paket nach Maßgabe der ausgedruckten Bestimmungen in den Drogengeschäften oder den Apotheken käuflich erworben werden. Bei dem Verkauf hat der Verkäufer die Marke 480 des Warenbezugsscheines 29 für je zwei Brietchen Süßstoff abzutrennen. Die Abtrennung des Warenbezugsscheinabschnittes ist unerläßlich und hat in jedem Falle zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2 Obergeschoß, Zimmer 11, unter Angabe ihres Bestellstandes binnen 14 Tagen einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200312-18/fragment/page=0006